Nr. 461 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 233

Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf.
auswärts 40 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M. für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 6,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1,50 M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 30. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Letzte Oberschlesien-Note.

Genf, 29. September. (TU.) Der deutsche Generalkonsul in Genf hat heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes die Abschrift einer Note übergeben, die die deutsche Regierung auch den alliierten Regierungen zugehen lassen wird. Die Note enthält verschiedene Denkschriften der wirtschaftlichen Verbände, Handelskammern, der deutschen Gewerkschaften und der Geistlichkeit von Oberschlesien. Diese Verbände, erklärt die Note, haben die deutsche Regierung gebeten, ihre Denkschriften den alliierten Regierungen zu übermitteln.

Aufhebung der Rheinzollinie.

Dem deutschen Botschafter in Paris ist gestern die folgende Note überreicht worden:

Herr Botschafter!

Die alliierten Regierungen haben Kenntnis genommen von der Erklärung, durch die die deutsche Regierung die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August 1921 aufgestellten Bedingungen ausdrücklich angenommen hat. Sie haben die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch den Obersten Rat am 7. März 1921 verhängt worden sind, vom 30. September an beschlossen.

Sie laden die deutsche Regierung ein, baldmöglichst ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Bedingungen feststellen sollen, nach denen, entsprechend den Bestimmungen des Beschlusses vom 13. August 1921, die Lizenzen geprüft und aufgestellt werden sollen.

Im Namen des Obersten Rates habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung gez. A. Briand.

Damit verschwindet erst ein Teil der rechtswidrigen Gewaltat vom Mai und auch erst nach Erlangung einer Ententewirtschaftskontrolle in Deutschland. Die militärische Besetzung von Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort trotz Frieden und Erfüllung besteht weiter.

•

Gestern berichtete in einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages in Anwesenheit des Reichskanzlers Außenminister Dr. Rosen über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und über den deutsch-amerikanischen Vertrag. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der Ausschuß auf Anregung seines Vorsitzenden Dr. Stresemann bei vier Stimmenthaltungen dem Reichstage die Zustimmung zu dem deutsch-amerikanischen Vertrag zu empfehlen.

Irland nicht freigegeben.

London, 29. September. (Reuter.) In seiner Antwort an De Valera hebt Lloyd George nochmals die Nutzlosigkeit weiteren Austausches prinzipieller Mitteilungen hervor und betont, daß der Standpunkt der Regierung unabänderlich sei. Dem ungeachtet knüpft Lloyd George an diese Feststellung die Einladung zu einer in London am 11. Oktober stattfindenden Konferenz, auf der, wie es wörtlich heißt, wir mit Ihren Delegierten als Wortführer des Volkes, das sie vertreten, zusammentreffen können.

London, 29. September. (WTB.) In Tipperary kam es gestern abend zu Revolverschießereien, bei denen eine Person getötet und drei verwundet wurden. Militärische Patrouillen säuberten die Straßen. Aus Belfast wird eine Reihe weiterer Zusammenstöße zwischen Protestanten und Katholiken gemeldet. Eine Gruppe Protestanten, die von einem Leichenbegängnis zurückkehrte, wurde beschossen. Ein Protestant wurde dabei getötet und drei verwundet. In den Nachmittagsstunden wurde ein weiterer Verwundeter eingeliefert, der von einer Kugel getroffen worden war.

Zum Schutze der Republik.

Das „Reichsgesetzblatt" veröffentlicht jetzt die abgeänderte Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 28. September 1921, die an die Stelle der Verordnungen vom 29. und 30. August 1921 tritt. Sie ist vom Reichspräsidenten Ebert, vom Reichskanzler Dr. Wirth und vom Reichsminister Dr. Gradnauer unterzeichnet. Die abgeänderten Bestimmungen hatten wir bereits nach Abschluß der Beratungen zwischen dem Reich und Bayern mitgeteilt.

Bekenntnis zur Arbeit — Treue zum Reich!

Die SPD.-Interpellation im bayerischen Landtag.

München, 29. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die heutige Aussprache über die Erklärungen des Ministerpräsidenten im Landtag begann mit der Behandlung der sozialistischen Interpellation über die Mißstände in der Polizei- und Justizverwaltung. Die Debatte nahm unter dem Eindruck von Poehners Rücktritt und der zielbewußten Desavouierung von Poehners Abschiedsworten durch die Staatsregierung einen im allgemeinen versöhnlichen Verlauf. Das Bild des Landtags trug zum ersten Male das Gepräge einer schroffen Rechts- und einer beherrschten Links-Opposition. Der Sprecher der Koalitionsparteien beschränkte sich darauf zu betonen, daß die neue Regierung kein neues Programm bedeute, sondern am alten Koalitionsprogramm festhalte.

Genosse Sänger begründete die Interpellation der Sozialdemokratie und forderte von der Regierung die Beseitigung der Mißstände in Polizei- und Justizverwaltung. Der Leitsatz seiner eindrucksvollen Rede, der sich hauptsächlich an den neuen Ministerpräsidenten wandte, war: Wir verlangen nichts anderes als das Bekenntnis zur Arbeit und die Treue zum Reich. Deshalb fordern wir gleichmäßige Abwehr von Gewaltanwendung von rechts und links, Achtung vor der Ueberzeugung anderer und Wahrung der Reichseinheit als höchstes Gut des deutschen Volkes. Wenn Lerchenfeld für den Schutz der Republik eintrete, dann könne er auf die Unterstützung seiner Partei rechnen.

Charakteristisch war das Verhalten der neuen Rechtsopposition. Mit den Händen in den Hosentaschen versuchten deren Führer durch gassenbubenhafte Zurufe die rednerische Wirkung der packenden Ansprache des Genossen Sänger abzuschwächen. Schließlich zogen die Kämpfer der Reaktion siegreich in die Restauration ab.

Der Sprecher der Deutsch-Monarchisten Dr. Hilpert verstärkte noch die jammervolle Wirkung, welche das Verhalten seiner Partei hervorgerufen hatte. Seine Worte gipfelten in dem gequälten Jammerruf nach der Rückkehr Kahrs! Die neue Koalition hätte, wenn sie es gewollt hätte, Kahr unter annehmbaren Bedingungen zurückberufen können! Auf den Zwischenruf: „Wie denn?" antwortete er: „Man hätte den Beschluß des Ausschusses ruhig beibehalten können. Die Interpellation über den Zeitpunkt der Aufhebung des Ausnahmezustandes war nicht notwendig gewesen!"

Schließlich empörte sich Hilpert darüber, daß der Oberreichsanwalt den Justizminister Dr. Roth wegen seines Verkehrs mit den Kapp-Hochverrätern habe eidlich vernehmen lassen. Als Hilpert aber die Person des Reichskanzlers mit plumpen Worten antastete, erhob sich das ganze Haus, vor allem die Linke, in einem Sturm der Entrüstung.

Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

•

Infolge des Rücktritts des bisherigen Gesamtministeriums und der Neubildung des Ministeriums scheiden der bisherige Ministerpräsident und Staatsminister des Innern Dr. von Kahr und der bisherige Staatsminister der Justiz Dr. Roth in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat aus. An ihrer Stelle sind durch Ministerratsbeschluß als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat bestimmt worden der nunmehrige Ministerpräsident und Staatsminister der Justiz Graf Lerchenfeld und Staatsminister des Innern Dr. Schweyer. Die Bevollmächtigung der übrigen zurückgetretenen aber wiederernannten Minister in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte Bayerns zum Reichsrat ist durch Ministerratsbeschluß erneuert worden.

Nach Poehmer ist auch sein Gehilfe, der Chef der politischen Polizei Dr. Frick zurückgetreten.

Das mysteriöse Kognakpaket.

Bremen, 29. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Am Mittwoch, den 5. Oktober, sollte im Parkhaus zu Bremen eine Kompagniefeier der aufgelösten Oberschlesien-Freiwilligenhundertschaft Cosel stattfinden, zu der Leutnant a. D. Dyes, jetzt Angestellter der Firma Mercator Handelsgesellschaft, Einladungen versandte. Es besteht begründete Vermutung zu der Annahme, daß diese angebliche Kompagniefeier mit folgender, von zuverlässiger Seite aus Schlesien ergangenen Meldung in Zusammenhang steht:

Eine Sendung Waffen und Munition einer aufgelösten Selbstschutzorganisation, die unter dem Signum „Kognak und Sekt" an die Firma Ludwig Neukirch, Bremen (Speditionsgeschäft), adressiert war, befand sich auf dem Wege nach Bremen. Es ist festgestellt, daß sich der ehemalige Adjutant des Hanseatischen Infanterieregiments 75, Herr Krose, der Sohn des Bremer schweizerischen Konsuls, bereits bei dem Prokuristen der Firma Neukirch, Herrn Gohlisch, danach erkundigte, ob die für ihn bestimmte Sendung Kognak und Sekt schon eingetroffen sei. Dies war zur Zeit der Nachfrage noch nicht der Fall. Die Tatsache jedoch beweist den Zusammenhang zwischen Herrn Krose, der der Oberschlesischen Freiwilligenhundertschaft angehörte, und der beabsichtigten Waffenschiebung. Erfreulicherweise gelang es, die für Bremen bestimmte Munition unterwegs abzufangen, und es wurden sofort Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, daß die verschobenen Waffen in die Hände der Rechtsbolschewisten gelangen.

Scheu vor der Arbeiterpresse. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat unserm Münchener Korrespondenten den Zutritt zu der Tagung verweigert. Wir stellen diese Sorge des Reichsverbandes vor einer kritischen Berichterstattung fest und werden seinen Verhandlungen weiter das Interesse entgegenbringen, das er nach diesem Verhalten verdient.

Rathenau und Loucheur sollen am 8. Oktober in Wiesbaden nochmals zusammentreffen.

Die Steuerscheu der Hohenzollern

Endlich rühren sich die Behörden wieder etwas. Es wird gemeldet:

Zu der angeblichen Steuerdefraudation der Hohenzollern geht den PPN. vom amtlichen preußischen Pressedienst folgende Erklärung zu: Die Ermittelungen des preußischen Finanzministeriums haben ergeben, daß die hohenzollernsche Hausverwaltung aus dem Gewinne der Hofkammern für das Jahr 1920, welcher etwa 25 Millionen Mark betragen hat, unter Bezugnahme auf § 59a des Reichseinkommensteuergesetzes 10 Millionen Mark zurückgestellt hat. Das preußische Finanzministerium hat infolge dieser Feststellungen von der Hofkammer die diesbezüglichen Akten eingefordert und die ganze Angelegenheit dem zuständigen Reichsfinanzministerium übergeben.

Diese amtliche Kundgebung ist gleicherweise interessant durch das, was sie verschweigt, und das, was sie zugibt. Es wird zugegeben, daß die hohenzollernsche Güterverwaltung aus ihrem für 1920 rund 25 Millionen Mark betragenden Reingewinn zehn Millionen Mark „zurückgestellt" hat. Ueber die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme soll nun wohl das Reichsfinanzministerium entscheiden. Wir sind der Auffassung, daß das ganz überflüssig ist. Die hohenzollernsche Güterverwaltung deckt alljährlich ihre sämtlichen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben aus den laufenden Einnahmen; darüber hinaus entnimmt sie im Bedarfsfall Geldmittel aus den bei weitem nicht aufzubrauchenden Ueberschüssen, die als Kapitalaufhäufung dem hohenzollernschen Hausschatz zugeführt werden. Das in den Händen des preußischen Finanzministeriums befindliche Aktenstück 5 A 37 ergibt einwandfrei deutlich, daß der Präsident der Hofkammer, Herr v. Keil, in schriftlichen und mündlichen Verhandlungen mit dem Hofkammerrat Eiseler die „Umbuchung" der zehn Millionen beschloß, um die volle Steuerpflicht „herabzudrücken". In einem Schreiben vom 20. April 1921 Nr. 2845/21 heißt es klar, kurz und bündig:

„Unsere Rentei hat für das Jahr 1920 bis jetzt rund 23 Millionen Mark an Ueberschüssen abgeführt. (Hausschatz.) Weitere 2 Millionen stehen für 1920 noch zu erwarten, so daß der Ueberschuß rund 25 Millionen betragen wird. Die Einkommensteuer hierfür würde 60 Proz., das sind 15 Millionen Mark, betragen. Die Frage, ob und in welcher Höhe die Einkommensteuer zu zahlen sein wird, hängt mit von der Verabschiedung des Vergleichs ab. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die volle Einkommensteuer von uns gefordert wird."

Es heißt dann weiter, daß sich nun aber die Möglichkeit ergebe, von dem Betriebsgewinn beträchtliche „steuerfreie Rücklagen" zu machen. Es wird zu diesem Zweck die Abbuchung von 10 Millionen Mark vorgeschlagen. Am 15. Mai 1921 erklärte sich der Minister des königlichen Hauses in einem Schreiben, Aktenzeichen II 144, mit diesem Vorschlag einverstanden. Er ordnet sogar an, daß die für 1920 noch weiter verfügbar werdenden Ueberschüsse ebenfalls diesem Reservefonds zuzuführen sind. Dieser Reservefonds wurde als Sonderrücklage bei der Preußischen Seehandlung auf ein besonderes Konto langfristig kündbar angelegt. Der Hausschatz mußte ihm schon zugeflossene Ueberschüsse im Umfang von 8 Millionen Mark zurückgeben, damit sie auf diesen Reservefonds verbucht werden konnten.

Wie sehr man sich darüber klar war, etwas zu tun, das nicht jeder Prüfung standhält, geht daraus hervor, daß der Hausminister anordnete, die Verwendung der neugeschaffenen Reservemittel „zweckmäßig so zu gestalten", daß entsprechende Pauschalsummen zur Verstärkung der Etatstitel der Hofkammerrentei angefordert würden. In simples Deutsch übersetzt heißt das, daß die laufenden Ausgabetitel der hohenzollernschen Güterverwaltung künstlich um so viel zu verstärken sind, daß die Millionensummen des neuen Reservefonds im ordentlichen Etat wieder verschwinden.

Uns ist bekannt geworden, daß nach den Feststellungen des „Vorwärts" das preußische Finanzministerium angeordnet hat, daß in Zukunft wieder sämtliche Verfügungen des königlichen Hausministeriums von ihm mitgezeichnet werden müssen. Vielleicht erfährt man auch noch einmal, warum von diesem gesunden Grundsatz überhaupt abgegangen worden ist. Außerdem muß betont werden, daß die Kontrolle des Schriftverkehrs selbst einen nur sehr geringen Wert hat, wenn sie nicht durch eine ständige Kontrolle an Ort und Stelle, d. h. innerhalb der hohenzollernschen Güterverwaltung wirksam ergänzt wird.

Feststellen müssen wir des weiteren, daß die Mitteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes verschweigt, was auf Grund unserer weiteren Feststellungen geschehen ist, daß bisher nur die Kreise Greifenhagen und Rosenberg für das Jahr 1919 Einkommensteuer verlangt haben. Nur der Kreis Rosenberg erhielt die Steuern. Alle übrigen Kreise, in denen Teile des hohenzollernschen Güterbesitzes, und das sind rund 425 000 Morgen, liegen, sind ihrer Steuererhebungspflicht für das Jahr 1919 bisher nicht nachgekommen. Das von uns schon erwähnte Aktenstück muß Protokolle über Verhandlungen zwischen dem Hofkammer-

präsidenten und dem zuständigen Dezernenten der Hofkammer enthalten, in denen es z. B. heißt:

„Es könnten höchstens die Kreise, mit Ausnahme von Rosenberg für das Jahr 1919 noch Steuern nachfordern. Da sie das bis jetzt nicht getan haben, werden sie es wohl überhaupt nicht mehr tun, und ich würde an diese Frage nicht rühren."

Hat das preußische Finanzministerium diese Teile der ihm zur Verfügung stehenden Akten nachgeprüft? Sind die in Frage kommenden Kreise beauftragt worden, sofort die überfälligen Steuern für 1919 noch einzuziehen? Was hat das preußische Finanzministerium dem Herrn Hofkammerpräsidenten gesagt, um ihn von der Meinung abzubringen, daß es richtig sei, an die Steuerpflicht der Hohenzollern „nicht zu rühren"?

Dann verschweigt die amtliche Veröffentlichung des preußischen Finanzministeriums völlig, wann denn nun endlich die Hohenzollern allgemein zur Steuer veranlagt werden und wann bei ihnen die Steuern eingezogen werden.

Die Steuerfreiheit der vormals regierenden Häuser ist aufgehoben. Irgendwelche gesetzlich bindenden Beschlüsse, ihre Steuerpflicht so lange auszusetzen, bis sich der Freistaat Preußen mit der vormaligen Krone auseinandergesetzt hat, sind nicht gefaßt worden. Hinter der ursprünglichen Absicht, mit der Steuereinschätzung zu warten, bis die Auseinandersetzung vollzogen ist, hat sich nicht nur Wilhelm von Doorn, sondern haben sich auch seine Söhne und seine Verwandten verschanzt. Sie haben sämtlich bis heute noch nicht einen Pfennig Steuern gezahlt.

Wenn man sich überlegt, daß die Hohenzollern jetzt schon für drei Jahre Steuern nachzahlen müssen, dann kommt der Gedanke, daß sie gar kein Interesse an einer raschen Auseinandersetzung mit dem preußischen Staate haben. Sie leben alle ganz behaglich und genießen steuerfreie Einkünfte, während sie, sobald die Auseinandersetzung beendet ist, ihre Steuerpflicht erfüllen müssen.

Wir verlangen deswegen aus Gründen der allgemeinen Moral und der politischen Notwendigkeiten, daß das Preußenparlament sich schleunigst mit der Steuerpflicht der Hohenzollern beschäftigt. Heute ist es so, daß der einfachste Arbeiter seit Jahr und Tag vorläufig Steuerbeträge entrichtet. Hunderttausende von kleinen Leuten, von Arbeitern und Beamten haben sich im besonderen für 1920 erhebliche Steuerabzüge an ihrem Einkommen gefallen lassen müssen. Sie sind erst in den jüngst vergangenen Monaten endgültig veranlagt worden und müssen nunmehr darauf warten, daß die von ihnen zuviel erhobenen Beträge zurückgezahlt werden. In dieser Zeit leben in Deutschland Leute, die halbe Provinzen ihr eigen nennen, die Dutzende von Schlössern, Palais und rentablen Mietsgrundstücken besitzen, die nach dem Nennwert gerechnet hunderte von Millionen an Wertpapieren und Hypotheken besitzen, sie zahlen keine Steuern. Man beachte doch nur, daß Wilhelm von Doorn allein in seiner Privatschatulle für rund 50 Millionen Mark best rentierendste Industriepapiere usw. hat, die heute einen Kurswert von rund einer halben Milliarde darstellen.

Nun können die Hohenzollern wieder einmal zeigen, daß ihr Tun nichts anderes als Dienst am Staate, als Sorge um das Wohl der Allgemeinheit ist. Die Liebe zum Volke fängt erst da an, etwas wert zu sein, wo man sie sich etwas kosten läßt. Hier kann es sich aber gar nicht um freiwillige Freundlichkeiten handeln. Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der zuständigen Behörden, die Hohenzollern schleunigst zur Steuer zu veranlagen und dafür zu sorgen, daß die Reichskasse vorläufige ausreichende Steuerbeträge aus deren Vermögen und Einkünften erhält.

•

Die hohenzollernschen Behörden geben sich alle Mühe, um zu erfahren, woher der „Vorwärts" seine guten Kenntnisse über ihren Steuereifer hat. Man möchte es sich vielleicht sogar etwas kosten lassen, wenn damit die „Löcher" zu stopfen wären, die so peinlich sind. Das königliche Hausministerium mag sich damit trösten, daß niemand ihm etwas Böses antun will, er soll nur wie jeder andere Staatsbürger ordnungsgemäß Steuern zahlen; deswegen soll er uns die Möglichkeit, über sein Tun unterrichtet zu sein, doch ruhig lassen.

Wichtigtuerei.

Wie immer, wenn Regierungsumbildungen zu erwarten sind, ist zwischen den einzelnen bürgerlichen Zeitungsberichterstattern ein Wettlauf um „Informationen" entstanden, aus dem der größte Schmock stets als Sieger hervorgeht. Auf die Richtigkeit der Nachrichten, die in solchen Zeiten in die Welt lanciert werden, kommt es dabei den betreffenden Blättern wenig an, vor allem soll die Quantität beim Leser den Eindruck erwecken, daß die Konkurrenz nicht so gut unterrichtet ist. Entweder wird aus freien Stücken kombiniert oder läßt man sich durch interessierte Kreise zum Loslassen von Versuchsballons gerne mißbrauchen: Hauptsache ist, daß man etwas „bringt", auch wenn man gar nichts weiß.

Unter den gestrigen Abendblättern ist die „Vossische Zeitung" aus diesem Wettrennen um falsche Informationen ganz unbestritten als Sieger hervorgegangen. Sie weiß allerhand über die Verhandlungen im Reiche und in Preußen zu erzählen und verteilt bereits verschiedene Aemter. Sie schreibt u. a.:

Zu einem Abschluß haben die gestrigen Besprechungen noch nicht geführt, sie werden am Sonnabend fortgesetzt werden, aber es hatte sich gestern gezeigt, daß die Einigung der vier Parteien auf ein gemeinsames innen- und außenpolitisches Programm keine ernsten Schwierigkeiten bereitet, und man darf erwarten, daß bei den Verhandlungen am Sonnabend der Schlußstein zu dem neuen Koalitionsbau gesetzt werden wird. Die Umgestaltung des Reichskabinetts wird dann in der nächsten Woche erfolgen. Daß Dr. Wirth Reichskanzler bleibt, ist jetzt unbestritten. Anzunehmen ist, daß die Deutsche Volkspartei das Reichsfinanzministerium besetzen und den Vizekanzler stellen wird, während sich Gustav Bauer auf das Reichsschatzministerium beschränken wird. Das Reichsministerium des Innern wird vermutlich eine Umbesetzung erfahren, vielleicht auch ein anderes wichtiges Portefeuille.

Soviel Worte, soviel leere Kombinationen. Um nur einen Punkt herauszugreifen, ist von einem Wechsel im Vizekanzleramt überhaupt nicht die Rede gewesen. Auch was den Gesamteindruck der gegenwärtigen Situation betrifft, so entspricht der Optimismus der tatsächlichen oder angeblichen Informatoren der „Vossischen Zeitung" keineswegs den wirklichen Tatsachen. Wir können vielmehr versichern, daß das „Berliner Tageblatt" sich der Wahrheit viel mehr nähert, wenn es am Schluß einer kurzen Betrachtung schreibt, daß man in maßgebenden sozialdemokratischen Kreisen auf Grund der gestrigen Verhandlungen „gegenwärtig sogar nicht sehr optimistisch" ist.

Kautsky und das Görlitzer Programm.

Während des Görlitzer Parteitages war ein Gruppenbild der Mitglieder der Programmkommission aufgenommen worden. Der Kommissionsvorsitzende, Genosse Paul Löbe, sandte die mit den Unterschriften der einzelnen Mitglieder versehene Aufnahme dem Genossen Karl Kautsky, als dem Schöpfer des Erfurter Programms und erhielt gestern nachstehende Antwort:

27. September.

Lieber Genosse Löbe!

Ich danke Ihnen und den Mitunterzeichnern für die freundliche Erinnerung aus Görlitz. Sie erinnert mich an die schönen Tage jener Zeit, als wir noch ein einig Volk von Brüdern waren. Ich hoffe noch eine Wiederkehr dieser schönen Tage zu erleben. Trotz aller zeitweiligen Mißgriffe von rechts und links, die sie hinausschieben.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr K. Kautsky.

Die Hilfe für Oppau.

Der Reichshilfsausschuß für Oppau teilt mit:

In der Reichstagssitzung am Mittwoch, den 28. September, ist anläßlich der Beratung über das Oppauer Unglück von mehreren Seiten schon auf die geschmacklose Form hingewiesen, in der sich vielfach Sammlungsunternehmungen zugunsten der Oppauer Opfer vollziehen. Der Reichshilfsausschuß für Oppau bittet, der Würde und der Größe der Trauer über das Oppauer Unglück entsprechend, geräuschvolle Lustbarkeiten, Kabarettaufführungen und ähnliches nicht zum Deckmantel von Sammlungen für Oppau zu machen. Er glaubt des Einverständnisses weiter Volksschichten sicher zu sein, wenn er die Auffassung vertritt, daß angesichts der Trauer, die über Tausende von Familien durch das Oppauer Unglück gebracht ist, Würde und Anstand die gerügten Geschmacklosigkeiten von selbst verbieten sollten.

Er macht weiter darauf aufmerksam, daß nach zahlreich vorliegenden Meldungen auch das Unglück von Oppau leider wieder dazu dienen muß, um schwindelhaften Sammlungen die Taschen zu füllen. Die von dem Reichshilfsausschuß und den örtlichen Sammelausschüssen eröffneten Sammelstellen (u. a. die Reichsbank, sämtliche Banken, Postanstalten und Sparkassen) bieten hinreichende Gelegenheit, den für Oppau zu entrichtenden Beitrag an die richtige Stelle zu geben.

Die Ausführung des Besoldungsgesetzes.

Der amtliche preußische Pressedienst teilt die Antwort des preußischen Finanzministers auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Kleinmeyer und Genossen, betreffend die vorschußweise Zahlung von Gehalts- usw. Aufbesserungen an Beamte und Lehrpersonen, mit. Zunächst wird der Veröffentlichungstermin für die Ausführungsbestimmungen des Besoldungsgesetzes bekanntgegeben, sodann wird mitgeteilt, die Staatsregierung sei gegenwärtig nicht in der Lage anzuordnen, daß den Beamten und Volksschullehrerpersonen ein Vorschuß in ungefährer Höhe der nachzuzahlenden Beträge sofort gewährt wird. Auf die schleunigste Durchführung der Berechnung sowohl für die aktiven Beamten und Volksschullehrerpersonen, als die Beamten und Volksschullehrerpersonen im Reich und die Hinterbliebenen von Beamten und Volksschullehrerpersonen und die alsbaldige Zahlung werde die Staatsregierung aber nach wie vor mit Nachdruck hinwirken.

Uebertritt zur Sozialdemokratie. Der Präsident des Hessischen Landesamtes für Bildungswesen Dr. Strecker hat in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Ulrich und an den Vorstand der Demokratischen Partei seinen Austritt aus der Demokratischen Partei und seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie mitgeteilt. Zugleich hat er dem Landtagspräsidenten Adelung mitgeteilt, daß er sein Mandat niedergelegt habe.

Klara Zetkin teilt mit, wie die „Rote Fahne" berichtet, daß sie aus gesundheitlichen Rücksichten nicht imstande sei, in kommunistischen Versammlungen zu sprechen oder sich in größerem Umfange am Parteileben zu beteiligen.

Der Zehnte deutsche Pazifistenkongreß beginnt am 7. Oktober in Essen. Er umfaßt folgende, unter dem Gesamttitel „Der Wiederaufbau Europas" zusammengefaßte Probleme: Die Stellung des Individuums zum Staat, Die Bedeutung der religiösen und kulturellen Gemeinschaften für die Wiederannäherung der Völker, Der Wiederaufbau Nordfrankreichs, Die Frage der Umbildung der Pariser Völkerbundsakte, Die allgemeine Abrüstung.

Der Vizeadmiral Löhlein, Chef des Allgemeinen Marineamts bei der Marineleitung, scheidet auf sein Gesuch mit Ablauf des Monats aus dem Marinedienste aus.

Nach Deutschland zurückgekehrt ist der in Moskau verhaftet gewesene Paul Wagner nach seinem Konflikt mit der Tscheka.

Das Saargebiet vor dem Völkerbund. Vertreter des Unternehmerverbandes sowie der Gewerkschaften sind von Saarbrücken nach Genf abgereist, um dem Völkerbunde die wirtschaftliche Notlage des Saargebietes darzulegen.

Der „Lokal-Anzeiger" ist für 16 Tage in Oberschlesien verboten worden, weil seine Meldung, Le Rond habe 50 Millionen deutschamerikanischer Hilfsgelder für die geschädigten Deutschen zur Hälfte an Polen verteilt, erlogen sein soll.

Frauenbildung und Wirtschaftsreform.

Von Siegfried Kawerau.

Zu den giftigsten Waffen der alten Gesellschaft gehört die Aufrechterhaltung der bisherigen Mädchen- und Frauenbildung, um Eitelkeit, Selbstsucht und Gefügigkeit dem Manne gegenüber zu züchten. Warum begreift die Frauenwelt so gar nicht die Zeichen der Zeit? Und müßten doch die Frauen aufjauchzen, daß die Zeit der Männerherrschaft und Männerwillkür zu Ende geht, daß mit dem seelischen Erwachen der Frau infolge ihrer beruflichen Differenzierung eine neue Aera beginnt; und müßten die Frauen doch mit aller Kraft die Sozialdemokratie, die sich als einzige Partei zur Vorkämpferin der Frauen gemacht hat, in aller Arbeit unterstützen! Wie fern ist die Wirklichkeit von dem, was innerlich eigentlich notwendig wäre.

Der Entwirrung dieses Problems „Frauenbildung und Wirtschaftsreform" dient die bevorstehende große öffentliche Tagung in Lankwitz am 1. und 2. Oktober, die mit einer Volksversammlung heute, Freitag, den 30. September, abends, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums in der Kochstraße einsetzt. Der Bund entschiedener Schulreformer sieht in der traurigen Gegenwartslage mit der ganzen Rückständigkeit und Unklarheit der Frauenwelt einen Zustand, der schleunigst überwunden werden muß, wenn wir aus der Krisenhaftigkeit und inneren Zersetzung heraus wollen. Die Frau muß künftig ihrer natürlichen Eigenart entsprechend, im Rahmen der Lebens- und Produktionsschule zum Vollmenschen erzogen werden, der auch wirtschaftlich zur Höchstleistung gelangt.

Es liegt in der Konsequenz der Entwicklung zum Vollmenschentum bei Mann und Weib, daß es sich vom Nationalen zum Uebernationalen erweitern muß. Menschheitsaufbau ist im tiefsten Grunde nur möglich bei rückhaltloser Bejahung des Pazifismus. Pazifismus darf aber nicht als eine Nützlichkeitssache eines schwachen und geschlagenen Volkes angesehen werden, auch nicht als eine Sicherung ungestörter Weltausbeutung, sondern als eine sittliche Kraft, die, gepflegt vor allem von der erwachten Frauenwelt, uns einen organischen Aufbau der gesamten Menschheit zu höherer Sittlichkeit und zu ungeahnter wirtschaftlicher Blüte ermöglichen wird.

Im Sinne dieser Folgerichtigkeit schließt sich an die Frauentagung unmittelbar am 3. Oktober eine pazifistische Tagung in Lankwitz an, auf der unter andern Friedrich Wilhelm Foerster, Antonie Pfülf, Graf Harry Keßler sprechen werden. Es soll eine machtvolle Kundgebung von Lehrern und Erziehern für die Völkerversöhnung werden. Alle Volksgenossen, die in diesen Fragen nach Klarheit ringen und mithelfen wollen, sind zu beiden Tagungen herzlichst eingeladen!

(Karten zu beiden Tagungen bei Grunwald, Linkstr. 39, im Landsgemeindehaus Sophienstr. 23/24, im Eichendorffhaus, Charlottenstr. 52 und an der Tageskasse. Zuschriften an Prof. Oestreich, Friedenau, Menzelstr. 1.)

Reklamearchitektur. Auf der vielbesprochenen Autostraße im Grunewald ist — neben manchem anderen — auch der Versuch einer neuartigen künstlerischen Reklame unternommen worden. Ueber zwei Lichtschächten der Bahnüberführungen und im Mittelpunkt der Südkurve erheben sich seltsame architektonische Gebilde, in leuchtenden Farben weithin sichtbar und durch phantastische Formen das Auge auf sich lenkend. Das Architektenbruderpaar Luckhardt, der Bildhauer Rudolf Belling und der Maler Erich Wohlfahrt haben sie geschaffen. Ihr Zweck ist, die Erzeugnisse der Firmen anzupreisen, in deren Auftrag sie errichtet wurden. Dieser Zweck wird vollauf erfüllt, denn gegenüber den hochgetürmten, strahlenden Kristallen verblaßt alles, was von Reklametafeln der bisher üblichen Art die Autostraße links und rechts umsäumt. Selbst das originellste und grellste Plakat kann mit diesen koloristisch-plastisch-architektonischen Knalleffekten nicht konkurrieren. Aber darüber hinaus handelt es sich um ernste Kunstwerke, die als solche Beachtung verdienen. An relativ bescheidenen Beispielen wird hier gezeigt, welcher rhythmischen Ausdruckskraft die Eisenbetontechnik fähig ist und wie sie der Baukunst neue Aufgaben stellt und neue Wege erschließt. Die farbigen Zacken, Würfel und Pyramiden, die hier als Reklameausrufungszeichen in die Luft ragen, sind Keimzellen einer Architektur der Zukunft. Dieser Stil, konsequent entwickelt und individuell gepflegt, kann höchsten und edelsten baukünstlerischen Zwecken dienen. Am wirksamsten erscheint er in Verbindung mit plastischer Gestaltung, wie er sich in dem wuchtigen Autlermonument an der Südkurve darstellt. Die Luckhardts, Belling und Wohlfahrt haben hier das glückliche Beispiel einer organischen Zusammenarbeit von Architekten, Bildhauer und Maler gegeben. Es handelt sich bei dieser wie bei den beiden anderen Arbeiten um Improvisationen — innerhalb zweier Wochen mußte alles fertig sein —, aber die jungen Künstler haben mit frischem Wagemut und glücklicher Hand etwas zuwege gebracht, das nicht nur in der Geschichte des modernen Reklamewesens Epoche machen wird. Wir wollen hoffen, daß recht bald auch die noch übrigen sechs Ueberführungen der Autostraße in ähnlicher Weise ausgestaltet werden.

J. S.

Vom herbstlichen Laubfall. Nicht erst jetzt im Herbst hat der Laubfall seinen Anfang genommen, sondern schon vor Monaten, mitten im Sommer. Man hat beobachtet, daß von dem Tag ab, da die Fülle des Sonnenlichtes abzunehmen beginnt, auch der Laubfall einsetzt. Das Sonnenlicht erreicht seine höchste Kraft zwischen dem 20. und 25. Juni und nimmt dann allmählich ab; gleichzeitig mit dieser Lichtabnahme fallen auch die ersten Blätter. Zunächst geht dieser sommerliche Laubfall, der von dem durch Trockenheit verursachten Hitzelaubfall jedoch zu unterscheiden ist, so langsam vor sich, daß er überhaupt kaum wahrgenommen wird. Erst wenn die Lichtstärke mehr und mehr abnimmt, setzt er stärker ein, um so mehr als die Blätter mittlerweile auch ihre Nährstoffe wie Zucker, Eiweiß und zum Teil auch das Blattgrün an die den Winter überdauernden Holzteile des Baumes abgegeben haben und darum innerlich fast hohl und somit ganz kraftlos sind. Gleichzeitig verfärben sich auch ihre Säfte, so daß die auf natürlichem Wege absterbenden Blätter ihre Naturfarbe verlieren.

Dieser natürliche Laubfall vollzieht sich bei den einzelnen Baumsorten sehr verschieden. Bei den Buchen und Eschen beginnt er an den obersten Zweigen, bei den Weiden, Linden und Pappeln dagegen unten, so daß also die oberen Zweige länger belaubt bleiben. Gewisse Bäume, wie z. B. der Gingkobaum, verlieren ihr Laub alljährlich innerhalb weniger Tage, während die Eichen und Hainbuchen ihre Blätter so langsam abwerfen, daß ein Teil des Laubes, obgleich er längst abgestorben ist, den ganzen Winter über am Baum bleibt. — Am schnellsten lösen sich die Blätter nach plötzlichem Frost, wobei sie stets mehr oder weniger grün bleiben, so daß man die vom Frost getöteten Blätter daran am sichersten erkennt. Der natürliche, durch allgemeine Entkräftung hervorgerufene Laubfall erfolgt wesentlich langsamer. Bei der Zitterpappel geschieht dies allerdings noch verhältnismäßig schnell, da sie während der Zeit des stärksten Laubfalles normalerweise ein Blatt in der Sekunde abwirft, bei anderen Bäumen indes gehen bei ruhiger Luft oft Minuten, ja ganze Viertelstunden hin, ohne daß ein Blatt fällt.

Für Wyneken! Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes entschiedener Schulreformer erhob scharfen Protest gegen das bisherige Geheimverfahren des Rudolstädter Gerichts gegenüber Dr. Gust. Wyneken und verlangte, daß die notwendige Neuverhandlung gegen diesen hervorragenden und durch seine bisherigen Leistungen hochbewährten Erzieher im vollsten Licht der Oeffentlichkeit und vor Richtern geführt wird, die bereit sind, den Fall nicht als gewöhnliches Sexualdelikt formaljuristisch zu „erledigen", sondern ihn in seiner unlöslichen Verbindung mit den hohen pädagogischen Ideen und der besonderen schöpferischen Persönlichkeit Dr. Wynekens zu würdigen.

Das Urbild des Hamlet. Eine englische Forscherin, Dr. Lilian Winstanley, hat, wie in den „Times" berichtet wird, eine Quelle zum Hamlet gefunden, in der sie das geschichtliche Vorbild erblickt, das Shakespeare bei der Schöpfung seines Helden die Anregung gegeben hat.

Hamlet entstand in den Jahren 1601—1602, und in dieser Zeit war ein besonders wichtiges politisches Ereignis der Thronwechsel in Schottland. Johann von Schottland hatte unter den vielen Prätendenten die größten Anrechte auf die Thronfolge. Aber er hatte einen sehr schlechten Ruf und eine tragische Lebensgeschichte. Sein Vater Darnley war von dem älteren Bruder Bothwell getötet worden, und seine Mutter, Maria von Schottland, hatte den Mörder geheiratet. Das Leben Johanns war voll von Abenteuern, Aufständen und Verschwörungen. Er hatte dabei gegen die schlecht verhehlte Feindschaft seiner Mutter und seines Stiefvaters zu kämpfen, aber er wollte sich nicht an ihnen rächen, wie sein Charakter überhaupt zu Trübsinn neigte und sehr unentschieden war; unter seinen Seltsamkeiten hatten die Höflinge oft zu leiden. Dieser fast unbekannte Johann von Schottland soll nun das Urbild des Hamlet gewesen sein.

Berichtigung. In der Notiz „Freibrief für schimpfende Pfaffen" in Nr. 449 war irrtümlich die „Augsburger Abendzeitung" als Herunterreißerin eines literarischen Werkes genannt. Der Ruhm gebührt indes der „Augsburger Postzeitung".

Kleine Vorlagen im Landtag.

Beamtenfragen — Waldschutz — Mangelhafte Milchwirtschaft.

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurden eine Reihe von Anträgen betr. die Anwärterdienstzeit der Beamten, Kinderbeihilfen, Ausgleichszulagen, Teuerungszuschläge, Aufrückungsstellen, Gleichstellung der Philologen mit den Juristen, Versorgung der Schutzpolizeibeamten, Einspruch des Reichsfinanzministers gegen das Mittelschullehrer-Diensteinkommensgesetz usw. ohne Aussprache dem Beamtenausschuß überwiesen. Ein Antrag auf Förderung der Königsberger Universität wird nach kurzer Aussprache gleichfalls einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Antrags der Abgg. Siering (Soz.) und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs über **Kahlschläge in den Privatwaldungen.** Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) begründet diesen Antrag und weist darauf hin, daß gegenüber früheren Jahren durch die brutalen Kahlschläge in Privatwaldungen heute bereits katastrophale Verluste entstanden sind. Es muß deshalb sofort zu Maßnahmen geschritten werden, wonach ohne vorherige Genehmigung der behördlichen zuständigen Stellen ein Holzeinschlag nicht erfolgen darf. Das Zentrum spricht sich gegen den Antrag aus, Demokraten und Unabhängige stimmen ihm zu, während Deutschnationale und Volkspartei Ausschußberatung beantragen.

Es folgt die Beratung einer Reihe von Anträgen **zur Milchwirtschaft.** Ein Antrag Braun (Soz.) verlangt Uebergangsbestimmungen zur ausreichenden Versorgung der Kinder und Kranken mit Milch, und 20 Millionen Mark zur Umwandlung von Oedländereien in Viehweiden, zur Hebung der Milchproduktion. Ein unabhängiger Antrag fordert ausreichende Mittel zur Versorgung der unbemittelten Bevölkerung mit Milch. Frau Ege (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Landwirtschaft hat die Erwartung enttäuscht, daß sie bei Einführung der freien Wirtschaft die Säuglinge und die Unbemittelten zu erschwinglichen Preisen mit Milch versorgen würde. Trotz ihrer großen Konjunkturgewinne droht sie mit Lieferstreiks, wenn ihr keine Wucherpreise zugebilligt werden. Der Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes hat erklärt, die Arbeiter müßten eben 1 bis 2 Stunden länger arbeiten, wenn sie sonst die Milchpreise nicht bezahlen könnten. Wir müssen aber die Ernährung der Kinder sicherstellen, denn auf ihnen beruht unsere Volkskraft. In vielen Kreisen ist die Not aufs äußerste gestiegen. Wir erwarten, daß schleunigst Abhilfe geschaffen wird und beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Landwirtschaftsausschuß. — Nach kurzer Debatte vertagt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr. Anträge und kleine Vorlagen. Schluß: ½6 Uhr.

Sozialpolitischer Ausschuß.

Sechsuhrladenschluß? — Invalidennot — Pensionärselend

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags behandelte gestern außer der Angestelltenversicherung eine Reihe von Petitionen. Unter anderen stand ein Antrag des Magistrats Berlin auf Abänderung des § 139f der Reichsgewerbeordnung zwecks Einführung des Sechsuhrladenschlusses zur Debatte. Danach sollen die Gemeinden einen früheren als Siebenuhrladenschluß durch Ortsstatut herbeiführen können. Der Antrag wurde mit der ungünstigen Ernährungslage der Angestellten begründet, die eine längere Erholungszeit in den Abendstunden wünschenswert mache. Der Ausschuß beschloß, den Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Ein weiterer Antrag auf gesetzliche Einführung des Sechsuhrladenschlusses wurde wegen der wichtigen damit verbundenen Einzelfragen der Regierung als Material überwiesen.

Ferner lag ein Antrag des Vereins der Pensionäre und Invaliden der Staatsbetriebe vor, in dem auf die Notlage der bezüglichen Pensionäre und Invaliden hingewiesen wurde. Die Eingabe fordert, daß die laufende Invalidenversicherungsrente zwecks Berücksichtigung des Lohnes und der Dienstzeit nach den Grundsätzen des Reichsbeamtengesetzes bemessen wird. Der Ausschuß beschloß, die Regierung zu ersuchen, daß die Bezüge der Beamten den Teuerungsverhältnissen entsprechend aufgebessert werden.

Es standen nunmehr noch zwei Anträge Hoch auf der Tagesordnung, welche vom Arbeitsministerium statistische Unterlagen verlangten. Es wird darin eine Denkschrift gefordert, die zeigt, wie die Leistungen sich gestalten bei dem vorliegenden Gesetz zur Angestelltenversicherung, nach den Bestimmungen der Invalidenversicherung, nach dem Reichsfürsorgegesetz und nach dem Beamtenpensionsgesetz. Ferner möge die Regierung eine Aufstellung darüber machen, welche Gewinne die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aus dem Verfall von Versicherungen erzielt hat, auf welche Beitragsklassen sich der Verfall der Versicherungen verteilt und aus welchen Gründen das Ausscheiden erfolgt.

Arbeiterklasse und Sozialdemokratie.

Von dem im Verlag der Vorwärts-Buchhandlung erscheinenden Werk Heinrich Cunows über die „Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie" wird Anfang Oktober der zweite Band (Schlußband) herauskommen. Mit Zustimmung des Verlages und Verfassers bringen wir aus dem neuen Band einen kurzen Abschnitt zum Abdruck. Er behandelt das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zur Arbeiterklasse.

Nachdem Cunow im einzelnen das Wesen der Klasse, die verschiedenen Formen des Klassenkampfes und die Entwicklungsstufen der Arbeiterklasse geschildert hat, fährt er fort:

„Aus der Tatsache, daß auf bestimmter Entwicklungsstufe die Klasse sich als Partei konstituiert und mit politischen Mitteln für ihre Forderungen kämpft, folgt nicht, daß Klasse und Partei dasselbe Gebilde sind, noch daß einfach die Klasse in die Partei aufgeht. Die Partei verhält sich gewissermaßen zur Klasse, wie der Staat zur Gesellschaft. Der Staat ist die politische Organisation der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft, will demnach die Klasse innerhalb dieser Organisation auf deren Ordnung, also die Staatsordnung, politisch einwirken und ihre Forderung durchsetzen, muß sie sich selbst eine politische Organisation schaffen: die Partei. Damit wird aber die Klasse nicht einfach zur Partei, so daß beide sich in ihrem Umfang und ihrer Wesenheit decken. Die Klasse ist ein aus der Wirtschaftsentwicklung hervorgegangenes gesellschaftliches Gebilde, die Partei hingegen eine politische Zweckorganisation der Klasse oder Klassen, wie denn auch diese Organisation gewöhnlich nicht die ganze Klasse eines Staatsgebildes umfaßt, sondern nur einen größeren oder kleineren Teil, andererseits aber meist zugleich Bruchteile anderer Klassen mitenthält.

Wenn demnach, wie oft in der sozialistischen Parteiliteratur geschieht, Klasse und Partei einander gleich gesetzt und die Wörter Arbeiterklasse und Sozialdemokratie oder Sozialdemokratische Partei als völlig gleichbedeutend gebraucht werden, so ist das ein Irrtum, der den Weg versperrt, die immer wieder innerhalb der Partei auftauchenden Interessenkonflikte in ihren ursächlichen Zusammenhängen zu begreifen. Verschuldet ist zum Teil der Irrtum dadurch, daß weder Marx noch Engels sich irgendwo näher über das Verhältnis der Partei zur Klasse geäußert haben. Die Sozialdemokratische Partei (sowohl die mehrheitssozialistische als die unabhängige) ist auch nur in dem Sinne eine Klassenpartei, wie z. B. die Konservative oder die Nationalliberale Partei, lediglich mit dem Unterschied, daß sie in der Hauptsache die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, früher in erster Reihe der Industriearbeiter, die Konservative Partei hingegen die Interessen der großen und mittleren Grundbesitzer. D. h., beide sind nur insofern und insoweit „Klassenparteien", als sie im ganzen und großen die Interessenforderungen und Machtansprüche bestimmter Klassenschichten akzeptieren und vornehmlich zur Geltung zu bringen suchen; keineswegs aber vertreten sie ausschließlich deren Interesse, und noch weniger beschränken sie den Umfang ihrer Anhängerschaft auf die Angehörigen einer bestimmten Klasse. Eine Partei fragt den, der sich ihr anschließen will, nicht: „Gehörst du einer bestimmten Klasse an?" Auch die Sozialdemokratische Partei nicht. Wer sich im wesentlichen zu ihren Grundsätzen und Forderungen, zu ihrem Programm, bekennt, kann ihr beitreten. Und dieses Programm enthält nicht nur gewisse wirtschaftliche Interessenforderungen, sondern gleichzeitig, wie die Programme anderer Parteien auch, bestimmte, außerhalb der wirtschaftlichen Interessensphäre liegende politische und philosophische Auffassungen. Sicherlich, die Grundlage der meisten Parteien bildet eine gewisse Klassengruppierung; aber in ihrer Struktur ist jede Partei zugleich ein ideologisches Gebilde, die Vertreterin eines besonderen politischen Gedankenkomplexes. Und manche Personen treten einer Partei nicht deshalb bei, weil die von dieser vertretenen speziellen Klassenforderungen auch die ihrigen sind, sondern weil sie von diesem Gedankenkomplex, d. h. von den betreffenden politischen, philosophischen, ethischen, vielleicht auch religiösen Ideen angezogen werden.

Ein Beispiel dafür, wie wenig oft die Klassenzugehörigkeit über die Parteizugehörigkeit entscheidet, bietet die deutsche Zentrumspartei. Bilden etwa die zu dieser Partei gehörenden Großgrundbesitzer, Bauern, Industriellen, Handwerker, Beamten, Geistlichen, Arbeiter usw. eine einheitliche Klasse mit gleichen Klasseninteressen? Was diese verschiedenen Elemente vereint, ist nicht das gleiche ökonomische Interesse, sondern die gleiche religiöse Ideologie. Und ähnlich stand es vor dem Kriege mit den verschiedenen polnischen, tschechischen, südslawischen Parteigruppen in Oesterreich. Was hier diese aus den verschiedenartigsten Klassengruppen bestehenden Parteigebilde zusammenhielt, war der sogenannte nationale Gedanke, das Gefühl einer bestimmten Wesensverbundenheit und des Gegensatzes gegen andere Nationen.

Im Vergleich zu solchen Parteien ist freilich die Grundlage der Sozialdemokratie nicht nur breiter, sondern auch klassenbestimmter; aber eine reine Klassenpartei ist keine der sozialistischen Parteien. Tatsächlich steht noch immer ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft außerhalb der Sozialdemokratie und glaubt seine Interessen besser bei Konservativen, Liberalen, Zentrumsparteilern usw. gewahrt. Das mag verkehrt sein und von einem unausgereiften Klassenbewußtsein zeugen; aber deshalb bleibt doch richtig, daß die Sozialdemokratie nur einen Teil der Arbeiterklasse umfaßt, und daß ferner die liberalen und konservativen Arbeiter deshalb, weil sie nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören, nicht aus der Arbeiterklasse ausscheiden. Andererseits wird der Fabrikant, Händler, Bauer, Arzt, Advokat, Schriftsteller, der sich der Sozialdemokratischen Partei anschließt, deshalb kein Arbeiter. Er wird Parteigenosse, aber kein Klassengenosse. Seine Klasseninteressen werden auch durch den Beitritt keine Arbeiterinteressen, noch werden umgekehrt die Klasseninteressen der Arbeiterschaft nun ohne weiteres seine Interessen. Er mag mit den Interessenforderungen der Arbeiterklasse sympathisieren und diese sogar seinen Interessen voranstellen, aber trotzdem bleibt er Mitglied seiner Klasse. Meist wird er auch — von eigennützigen Gründen ganz abgesehen — nicht der Sozialdemokratie beitreten, weil er die von ihr vertretenen Klasseninteressen für die seinigen hält, sondern weil er ihre politischen, rechtlichen, moralischen Absichten und Ziele — vielleicht auch diese nur unter den gegebenen jeweiligen politischen Umständen — für die richtigen hält.

Demnach enthält jede Partei, auch die Sozialdemokratie, in ihren Reihen Elemente verschiedener Klassen mit verschiedenen Klasseninteressen. Sie ist, klassentheoretisch betrachtet, durchaus nichts Einheitliches. Die Folge ist, daß es in keinem Parteikörper an inneren Reibungen und Gegensätzen fehlt. Hinzu kommt, daß auch die Angehörigen derselben Klasse nicht immer völlig gleiche Interessen haben und in ihrer politischen Haltung deshalb in gleichem Maße durch diese bestimmt werden. Die Klasseninteressen und -motive sind keineswegs das allein Entscheidende. Der heutige Mensch gehört nicht nur einer Klasse an — manchmal, wie vorhin dargelegt wurde, auch mehreren —, er ist zugleich Mitglied eines Staates, einer Nation, eines Berufes, einer Religionsgemeinschaft usw. und ist als solches auch mehr oder weniger durch Staats-, National-, Berufs-, Religionsinteressen beeinflußt, die mit den Klasseninteressen mannigfach kollidieren können. Zudem hat er selbstverständlich auch als Individuum seine besonderen individuellen Interessen.

Die Unklarheit über das Verhältnis der Klasse zur Partei und der Klasseninteressen zu den Parteiinteressen hat in der Sozialdemokratischen Partei immer wieder zu der Anschuldigung geführt, dieser oder jener hätte die Klasseninteressen verletzt und den sogenannten Klassenkampfstandpunkt aufgegeben. Selbst gegen die Führer der Partei ist immer wieder dieser Vorwurf erhoben worden. So erhob Frau Klara Zetkin 1903 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau gegen die von Bebel unterstützte Agrarreformbewegung den Vorwurf, sie zerstöre den Klassencharakter der Partei. Und auf dem Parteitag zu Stuttgart 1898 führte Liebknecht gegen A. Helphand (Parvus) aus, der zur Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen und zu einem Wahlkompromiß mit der Fortschrittspartei geraten hatte: „Parvus hat bei der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen den Boden des Klassenkampfes verlassen und dazu geraten, der preußischen Bourgeoisie zu ihrer Kräftigung die Hand hinzureichen. Das ist in meinen Augen eine viel größere und gefährlichere Verirrung, als das Heinesche Kanonenwort."

Liebknecht sprach damit nur aus, was damals in weiten Parteikreisen fast als Dogma galt: die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen bedeute, solange das Dreiklassenwahlrecht bestände, eine Verletzung des „Klassenkampfprinzips".

Vielfach ist in der Sozialdemokratie sogar jedes Wahlkompromiß und jedes zeitweilige parlamentarische Bündnis mit bürgerlichen Parteien als Verstoß gegen den „Klassenkampfgedanken" oder als Abirrung von der „Bahn des Klassenkampfes" bezeichnet worden — meist mit der Begründung, die bürgerlichen Prateien seien sämtlich nur „eine reaktionäre Masse", mit der die Sozialdemokratie, wenn sie nicht ihren Klassenkampfstandpunkt aufgeben wolle, unmöglich irgendwelche Bündnisse schließen könne. Eine Auffassung, die schon 1875 Marx in seiner Kritik des Gothaer Programmentwurfs zurückgewiesen hat. . . .

Als „Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes" könnte ein Bündnis nur gelten, wenn die Sozialdemokratie die sog. Klassenforderungen, d. h. die aus der besonderen Stellung der Arbeiterschaft im Wirtschaftsprozeß sich ergebenden Forderungen fallen ließe und in eine bürgerliche Partei aufginge, nicht aber, wenn sie zur Durchsetzung eines größeren oder geringeren Teils ihrer Forderungen mit einer bürgerlichen Partei einen zeitweiligen Pakt gegen eine andere, sie bekämpfende Partei schließt. Selbst wenn sie vorläufig einen Teil ihrer Forderungen zurückstellt, um einen anderen Teil vorschieben und besser verfechten zu können, ist das keine Aufgebung des Klassenkampfstandpunktes. Doch was hat nicht schon alles einzelnen Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie als Verstoß gegen das Klassenkampfprinzip gegolten: die Teilnahme an parlamentarischen Verhandlungen, wie die Beteiligung an Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien, die Zustimmung zu sozialpolitischen Gesetzen, die Abschließung von Wahlbündnissen, die Abstimmung für Landtagsbudgets, die Bewilligung von Kriegskrediten usw. Je unklarer der Klassenbegriff war, desto leichter wurde der Vorwurf der „Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes" erhoben — wobei sich recht oft zeigte, daß die Ankläger überhaupt gar nicht zwischen Arbeiterklasse und Sozialdemokratie zu unterscheiden vermochten.

Große öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Freitag, den 30. September:

4. Kreis (Prenzlauer Tor, 30. Abt.): 7 Uhr, Schulaula, Pappelallee 40/41. Thema: „Die Republik und das Rote Haus". Referent: Karl Bauer, Bürgermeister.

6. Kreis (Hallesches Tor, 10. Abt.): 7 Uhr, Schulaula, Reichenberger, Ecke Forster Str. Thema: „Sozialistischer Aufbau oder reaktionärer Rückschritt". Ref.: Stadtverordneter Dr. Lohmann.

9. Kreis (Wilmersdorf): 7½ Uhr, Bismarck-Gymnasium, Pfalzburger Str. 31. Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Wahlen in Reich, Staat und Kommune". Referent: Osteroth.

10. Kreis (Zehlendorf): 8 Uhr, Lindenpark, Berliner Str. 18. Thema: „Der Kampf gegen die Reaktion im Berliner Stadtparlament". Ref.: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D.

15. Kreis (Baumschulenweg): 7½ Uhr im Lokal Wald, Eschenbachstraße 1. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen". Referentin: Elfriede Ryneck, M. d. R.

15. Kreis (Adlershof): 7½ Uhr bei Wöllstein, Bismarckstr. Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen." Referent: Heinrich Vierbücher.

Taubstummenparteibund: 7 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Thema: „Die kommenden Stadtverordnetenwahlen und Stellung der SPD. zu den Zielen der Taubstummenabteilung". Ref.: Richard Joachim.

Morgen, Sonnabend, den 1. Oktober:

19. Kreis (Blankenburg): 7½ Uhr, bei Klug, Dorfstraße. Thema: „Sozialistischer Aufbau oder reaktionärer Rückschritt". Referent: Stadtv. Keller.

8. Generalversammlung der Schornsteinfeger

Der Zentralverband der Schornsteinfegergesellen Deutschlands hielt im Börsensaal des „Thomas-Bräu" in Frankfurt a. M. seine Generalversammlung ab. Sie hatte sich in der Hauptsache mit beruflichen Fragen und dem Ausbau der Organisation zu befassen. Aus dem zum Vortrag gelangten Geschäftsbericht ist der Aufstieg ersichtlich, den der Verband seit seinem vor zwei Jahren bewerkstelligten Eintritt in die Reihe der freigewerkschaftlichen Organisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes genommen hat. Seine

Mitgliederzahl ist um rund 2000 gewachsen.

Die Einnahmen haben einen bedeutenden Umfang angenommen, und an Unterstützungen in Krankheits-, Streik- und anderen Fällen sind erhebliche Beträge zur Auszahlung gelangt. In allen 69 dem Zentralverbande angeschlossenen Ortsgruppen ist eine nennenswerte Lohnerhöhung festzustellen und eine rege organisatorische Tätigkeit zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl belief sich auf 3338 am 1. September 1921, der Kassenbestand auf 152 341,32 M. Der Verbandskassierer Hering-Berlin ließ darüber keinen Zweifel, daß der Reservefonds noch erheblich verstärkt werden muß, um gewappnet zu sein. Ueber die Beteiligung an dem Versorgungsverein für den Schornsteinfegerberuf referierte der zweite Vorsitzende Müller-Berlin, der den Beitritt als ersten Schritt auf dem Wege der Altersversorgung empfahl. Gegenstand eines eingehenden Referats bildeten die neuen Entwürfe der Sozialgesetzgebung und der Entwurf von Schutzvorschriften für Bauhandwerker und verwandte Gewerbe. In einer Resolution wurde die Notwendigkeit des Erlasses durchgreifender Schutzvorschriften für das Bauhandwerk betont und besonders unterstrichen. Mit der Führung der

Redaktion des „Schornsteinfeger"

erklärte die Delegiertenversammlung ihr volles Einverständnis. Ueber Reichstarif und Reichsarbeitsgemeinschaft

Die öffentliche Meinung

spielt bei allen Lohnkämpfen der organisierten Arbeiter und Angestellten eine große Rolle. Dabei zeigt sich stets deutlich der wahre Charakter der bürgerlichen Presse, die bestrebt ist, durch ihre Darstellungen und Berichte die öffentliche Meinung gegen die fordernden und kämpfenden Arbeitnehmer und für den Standpunkt der Unternehmer zu beeinflussen. Und diese Presse wird immer noch von vielen Arbeitern und Angestellten gehalten, die so ihre eigenen Interessen mit Füßen treten.

Das Blatt, das in Berlin zuerst jahrzehntelang als einziges Arbeiterblatt und unter Umständen, wo es noch sehr gefährlich war, mit aller Entschiedenheit von jeher die Sache der um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden Arbeitnehmerschaft verfochten und in der öffentlichen Meinung vertreten hat, ist der

„Vorwärts".

Beim Quartalswechsel ist Gelegenheit, für seine Verbreitung einzutreten. Je mehr er verbreitet ist, desto größer sein Einfluß auf die öffentliche Meinung, desto wirksamer seine Unterstützung der Lohnkämpfe. Wer dem „Vorwärts" einen neuen Bezieher gewinnt, fördert seine Lohninteressen, stärkt seine Position in der öffentlichen Meinung!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts", Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Ich abonniere den „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten" in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 12 M. pro Monat Oktober.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn —— Hof — Quergeb. — Seit nfl. — Tr. links — rechts

bei _____

referierte der Verbandsvorsitzende Schreiber-Berlin. Die Reichsarbeitsgemeinschaft wurde für zweckmäßig erachtet, ihre Verbesserung aber empfohlen. Dazu lagen verschiedene Anträge der Ortsgruppen vor. Dem Zeitgeist muß in den Bestimmungen der Reichsarbeitsgemeinschaft gebührende Beachtung geschenkt werden. Dann erst kann die Institution mit ihren Nebenausschüssen den Anforderungen, die im Berufsinteresse gestellt werden müssen, voll entsprechen. Deshalb hat der Zentralvorstand auf Vervollkommnung der Einrichtungen innerhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft hinzuwirken.

In den Hauptverhandlungen gelangten die Anträge (110) der Ortsgruppen eingehend zur Besprechung. Dringlichkeitsanträge lagen aus Süddeutschland vor, die wie die übrigen Anträge

berufliche und organisatorische Fragen

zum Gegenstand hatten. Die Debatten darüber nahmen einen breiten Raum ein und wurden im Geiste völliger Einmütigkeit geführt. Das Ergebnis der Generalversammlung, der auch der Obmann des österreichischen Bruderverbandes beiwohnte, ist in jeder Beziehung zufriedenstellend und läßt weitere Früchte erhoffen, die in den Ortsgruppen sicherlich bis zur nächsten Generalversammlung in Bremen (Juni 1923) heranreifen werden. Der skandinavische und tschechoslowakische Bruderverband hatten telegraphisch Grüße übermittelt. Die Zahl der Delegierten und Gäste betrug 150.

Einstimmig wurde der langjährige Verbandsvorsitzende Schreiber-Berlin wiedergewählt, desgleichen der zweite Vorsitzende Müller-Berlin. An die Stelle des durch Anstellung ausscheidenden Verbandskassierers trat durch Wahl Beiersdorf-Berlin. Die übrigen Verbandsposten wurden wie bisher besetzt. Der Sitz des Verbandsausschusses blieb in Nürnberg. Sitz des Presseausschusses wurde Bremen.

Den beiden Verhandlungstagen der Generalversammlung war eine Sitzung des Zentralvorstandes und Beirats voraufgegangen, und eine Reichskonferenz der Vorsitzendenstellvertreter in den Nebenausschüssen der Reichsarbeitsgemeinschaft. Auf Beschluß der Generalversammlung sollen künftig Zusammenkünfte der stellvertretenden Vorsitzenden der Nebenausschüsse zum Zweck gemeinsamer Aussprache und zur Hebung des Gewerbes in bestimmten Zwischenräumen häufiger berufen werden.

Aus der Partei.

Stellungnahme zum Parteitag.

Eine sehr stark besuchte Parteiversammlung in Frankfurt a. M. nahm am Dienstag, den 27. September, den Bericht vom Parteitag entgegen. Die beiden Referenten, Parteisekretär Broswitz und Redakteur Marckwald, verteidigten ihre Haltung auf dem Parteitag und nahmen besonders scharfe Stellung gegenüber dem Beschluß über die Koalitionspolitik. Marckwald erklärte zum Schlusse seiner Ausführungen, er erhebe die Fahne der Rebellion gegen die Parteitagsbeschlüsse und werde die Massen aufrühren und aufrütteln. Damit stieß er auf starken Widerspruch in der Versammlung; und in der Debatte erklärten selbst Parteitagsdelegierte, die sachlich in der Koalitionsfrage auf dem Standpunkt Marckwalds stehen, sich gegen diesen Fanfarenruf. Zunächst sprachen in der Diskussion die Genossen Heinemann und Kirchner im Sinne der Beschlüsse des Parteitags. Sie wandten sich scharf gegen den von den Frankfurter Delegierten vertretenen Standpunkt. Auch die Frankfurter Genossen müßten sich frei von der Phrase machen und sich auf den Boden der Wirklichkeit stellen. Drei weitere Redner, darunter der Delegiert Loeb, erklärten sich gegen den Koalitionsbeschluß des Parteitags. Um Mitternacht wurden die Auseinandersetzungen auf eine neue Versammlung vertagt.

Glänzende Erfolge hat die „Rote Woche" unserer Kasseler Genossen gehabt. Nach den vorläufigen Feststellungen sind allein in der Stadt Kassel über 1600 neue Parteimitglieder und mehr als 1000 neue Abonnenten für das dortige Parteiblatt gewonnen worden. Das endgültige Ergebnis dürfte weit höhere Zahlen bringen.

Wirtschaft

Deutschlands Außenhandel im Juni.

Im Monat Juni hat der Außenhandel Deutschlands wieder zugenommen. Die Einfuhr stieg um annähernd 3, die Ausfuhr um mehr als 4 Millionen Doppelzentner gegenüber dem Monat Mai. Immerhin bleiben die Mengenzahlen der ein- und ausgeführten Waren hinter denen des Monats Dezember vorigen Jahres noch immer zurück. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jetzt zum ersten Male auch die Wertangaben für die Einfuhr. Die wichtigsten Zahlen sind in folgender Tabelle gegenübergestellt:

	Einfuhr Menge in Million. Doppelzentner	Einfuhr Wert in Mill. Mark	Ausfuhr Menge in Million. Doppelzentner	Ausfuhr Wert in Mill. Mark
Juni 1921 . .	18,23	6409	15,08	5468
Mai 1921 . . .	15,34	5486	11,45	4558
Dezember 1920 .	20,07	—	17,58	7863

Der im Monat Mai beobachtete Rückschlag des deutschen Außenhandels, der durch die Weltabsatzkrise und die Sanktionspolitik der Entente verursacht worden ist, scheint also im Monat Juni bereits einer Aufwärtsbewegung gewichen zu sein. Immerhin ist das Bild der Außenhandelsbilanz auch in diesem Monat bedenklich genug. Vor allem zeigt sich, daß der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr noch immer vorhanden war, eine Tatsache, die die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands bei der Erfüllung der Reparationen vollauf erklärt. Selbst wenn sich die Einfuhrwerte bei der endgültigen Berechnung der Ziffern noch etwas erhöhen sollten — es standen noch einige Wertangaben der chemischen Industrie aus —, so können die wenigen Millionen das Gesamtbild doch nicht beeinflussen.

Die Steigerung des Wertes der ausgeführten Waren im Monat Juli verteilt sich auf die meisten Gewerbezweige gleichmäßig. Besonders bemerkenswert ist jedoch die Zunahme des Wertes der ausgeführten Maschinen. Diese ist von 522 Millionen Mark im Mai auf 732 Millionen Mark im Juni gestiegen.

Wieder eine halbe Milliarde neues Papiergeld. Der Umlauf an Banknoten zeigt im Zusammenhang mit der Nähe des Vierteljahrsschlusses in der dritten Septemberwoche eine weitere Zunahme. Es sind diesmal 588,6 Millionen Mark an Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen neu in den Verkehr gegeben worden; und zwar ist der Banknotenumlauf um 709,2 Millionen Mark auf 82 178,9 Millionen Mark angeschwollen; dagegen hat sich der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 120,6 Millionen auf 7601,2 Millionen Mark ermäßigt.

Richtungen des Welthandels. Der Weltkrieg hat bedeutende Verschiebungen des Welthandels und Veränderungen der Absatzgebiete für die Exportländer hervorgerufen. Die Prozentsätze des gesamten Exports verteilten sich auf die einzelnen Länder im Jahre 1920 anders wie vor dem Kriege. Die Vereinigten Staaten führen gegenwärtig 6 Prozent weniger nach Europa aus als vor dem Kriege (54 Prozent der Gesamtausfuhr statt 60 Prozent vor dem Kriege); dagegen ist ihr Anteil an der Ausfuhr nach Südamerika und nach Asien gestiegen. England hat ein starkes Sinken des Exports nach Deutschland und nach Rußland zu verzeichnen und ein wachsender Prozentsatz seines Exports entfällt auf Frankreich, Holland, Belgien. Der prozentuale Anteil seiner Ausfuhr nach Italien, den Vereinigten Staaten, Brasilien und China blieb unverändert. Frankreich liefert seit dem Kriege weniger nach England und nach Deutschland als früher. Im Jahre 1913 entfielen 21 Prozent seines Exports auf England und 13 Prozent auf Deutschland, im Jahre 1920 dagegen nur mehr 16 Prozent auf England und 5 Prozent auf Deutschland. Auch nach Brasilien und Argentinien exportierte es weniger; sein Anteil am Export nach den Vereinigten Staaten hat sich jedoch vergrößert (6 Prozent 1913, 8 Prozent 1920).

Bezüglich der Mengen der ausgeführten Waren bringt das „Federal Reserve Board Bulletin" auf Grund eingehender Berechnungen folgende Indexziffern: Die Indexziffer des Jahres 1913 mit 100 angesetzt, betrug die Ausfuhrziffer der Vereinigten Staaten im vorigen Jahre 107, die Englands 70,9, diejenige Frankreichs 56,6. Wenn die Ausfuhr als ein Maß für die Produktionsfähigkeit eines Landes angesehen wird, so zeigen die erwähnten Ziffern, daß die Produktion in England und Frankreich den Vorkriegszustand noch nicht erreicht hat. Die Zahlen wären günstiger, wenn die zweite Hälfte des Jahres nicht von der Wirtschaftskrise beeinträchtigt worden wäre.

Bessere Beschäftigung der Baustoffindustrie. Die Hochkonjunktur, die infolge des Valutarückganges bei den Exportindustrien eingesetzt hat, macht sich auch in einzelnen in den Inlandsbedarf arbeitenden Gewerbezweigen bemerkbar und ist jetzt u. a. auf die Baustoffindustrie übergegangen. Wie die „Bauwelt" berichtet, erhöhen die zahlreichen Neu- und Umbauten die Nachfrage nach Baustoffen und beleben das Geschäft. Die Bestände auf den Ziegeleien beginnen knapper zu werden. Einzelne Ziegeleien haben bereits für dieses Jahr ihre Erzeugung ausverkauft. Infolge des gesteigerten Bedarfs versuchen die Ziegeleien, höhere Preise durchzusetzen.

Die deutsche Warenausfuhr nach England im Monat August weist eine Zunahme von fast 150 000 Pfund Sterling auf.

Pfeil-Spar-Glühkörper

Man fordere ausdrücklich „Pfeil"-Spar-Glühkörper und achte auf die „Pfeil"-Schutzmarke

25% Gas-Ersparnis

Am 26. d. Mts. verschied nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, zwei Tage nach einer schweren Magenoperation, mein lieber Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Drucker 33-2A

August König

im 59. Lebensjahre.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an.

Im Namen der Hinterbliebenen
Paul König als Sohn.

Berlin, den 28. Sept. 1921, Sparrstr. 27 I.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, 1. Oktober, nachm. 1½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Bekanntmachung

Der Fabrikbesitzer Erich Kapinsky in Berlin-Weißensee hat die Genehmigung zur Errichtung eines Federhammers in seinem Fabrikraum auf dem Grundstück Langhansstr. 6 in Berlin-Weißensee beantragt.

Etwaige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem unterzeichneten Stadtausschuß binnen 14 Tagen, vom Tage nach der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Karlshorst, Treskowallee 44, Zimmer Nr. 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9 bis 2 Uhr während der oben bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtsekretär Weigel, auf Mittwoch, den 19. Oktober 1921, vorm. 11 Uhr, in unserem Bureau ein Termin anberaumt, zu dem der Unternehmer sowie die Widersprechenden unter der Eröffnung geladen werden, daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin-Karlshorst, den 27. September 1921.
Stadtausschuß Berlin
Abteilung V
I. V.: Dr. Graeffner

Seit **70 Jahren** ist San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe** b. Hautausschlag, Flechten, Bein- u. Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel. Orgl.-Dose 7.25 u. 14.50 M. Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 213 Leipziger Str. 74 Oönhoffpl.

Möbel solange der Vorrat reicht, noch zu **billigen Preisen** gegen **bar und Teilzahlung** An- und Abzahlung nach Vereinbarung Bürgerliche **Wohnungseinrichtungen** Wohn-, Schlafzimmer, Speise-, Herrenzimmer in großer Auswahl **Einzelne Möbel Farbige Küchen** **Beiser** Lothringer Str. 67.

GOLD- Silber- Platin- Bruch kauft Silber-Zentrale **Gotzkowskystraße 13**

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 36 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Kaufhaus **ANDERS** am Bahnhof Wedding Größtes Haus direkt a. Nettelbeckplatz **Herren- Damen - Garderoben Pelzkragen** Riesige Auswahl Auf Teilzahlung **MÖBEL** und Polsterwaren eigenes Fabrikat **Spezialität** 1-u.2-Zimm.-Einrichtung, u. einz. Möbelstücke sow. farb. Küch.-Einrichtung. Riesen-Auswahl Erl. Zahlungsbedingung. **Kredithaus „ANDERS"** Größtes Haus direkt a. Nettelbeckplatz Reinickendorfer Str. 16

Ansteck., nachts unerträglich **juckende Haut**ausschläge mit wässrigen Bläschen und kleinen roten Punkten verschwinden in wenig Tagen durch Reichels Krätzebalsam 11,00. Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Spezialarzt Dr. med. Feldmann behand. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstörung Syphilis, Haut-, Frauenleiden, Schwäche. Erpr. Meth. Harn- u. Blutuntersuch. Königstr. 34-36 Bahnhof Alexandpl. Spr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1.

Betriebsräte der kommunalen Betriebe und Verwaltungen Groß-Berlins.

Sonnabend, den 1. Oktober 1921, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15 (großer Saal):

Vollversammlung.

Tagesordnung:
1. Der neue Organisationsplan für die Industriegruppe XII.
2. Freie Aussprache. 3. Wahl der Vertreter zum Gruppenrat.

Ausweis: Betriebsratsausweiskarte für Gr. XII und Mitgliedsbuch einer freigewerkschaftlichen Organisation.
121/19 Ohne Ausweise kein Zutritt.

Freigewerkschaftliche Betriebszentrale.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83—85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1967, 9714.

Sonnabend, den 1. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshaus (Sitzungssaal), Linienstr. 83/85:

Sitzung der Delegierten zum Verbandstag in Jena

Sämtliche Delegierte müssen zu dieser Sitzung bestimmt erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Auf Teilzahlung! **Anzüge u. Paletots** in moderner Ausführung für **Herren u. Burschen** Prima Verarbeitung! **Stolzmann** Belle-Alliancestr. 100 Eingang im Möbelgeschäft

Herren-Garderobe auf **Kredit** **Anzüge, Ulster Schlüpfer** **Wilh. Frese** N 54 Weinbergsweg 1

Kriegsopfer heraus!

Die gewaltige Teuerung hat die Not und das Elend der Opfer des Krieges ins Unermeßliche gesteigert. Ihre Lebenslage verschlechtert sich von Tag zu Tag in einer Weise, die alles bisher Erlebte übertrifft.

Um einen Ausgleich herbeizuführen, stellten die Kriegsbeschädigtenorganisationen entsprechende Forderungen beim Reichsarbeitsministerium, damit die Renten, die seit Mai 1920 eine Erhöhung trotz der wiederholten Teuerungswellen, die Deutschland durchzog, nicht erfahren haben, zu erlangen. Die eingeleiteten Verhandlungen sind ergebnislos, ja als gescheitert anzusehen. Die Kriegsbeschädigten unter 50 Proz. sollen nach dem Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums völlig leer ausgehen.

Kriegsopfer!

Dadurch wird das Elend der Kriegsopfer immer düsterer, aber trotz des Hungers und des Siechtums, denen der weitaus größte Teil der Kriegsopfer ausgesetzt ist, haben sie doch den Mut zur Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgegeben. Mit rührender Anspannung der letzten Kräftereste versuchten sie ehrlich wieder hochzukommen, um dem Leben einen bescheidenen Sonnenschein zu geben.

Durch die neue und gewaltige Teuerung ist nun auch der letzte Hoffnungsanker genommen und unsere Geduld ist eine Belastungsprobe unter Berücksichtigung der großen von uns bereits gebrachten Opfer zu ertragen nicht mehr in der Lage.

Um eine wirtschaftliche Sicherstellung zu erreichen, fordern wir Euch deshalb auf, mit uns gemeinsam zu demonstrieren.

Hört unseren Ruf! Kriegsopfer heraus!

Zu der gemeinsamen

Massen-Kundgebung

aller Kriegsopfer

am Sonntag, den 2. Oktober, in der Schultheiß-, fr. Unionsbrauerei, Hasenheide 22/31, vormittags 9 Uhr.

Keiner darf fehlen! Es geht um Eure wichtigsten Lebensinteressen. — Es geht um Eure Zukunft!

Der Aufmarsch der Massen der Kriegsopfer soll der Regierung zeigen, daß Ihr alle einmütig zu unseren Forderungen steht.

Kriegsopfer, zeigt Eure Macht!
Euren Willen und Eure Entschlossenheit!
Folgt unserem Rufe und erscheint in Massen!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen
gez. Willi Lorenz.

Internationaler Bund der Kriegsopfer
gez. Max Belger.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Straße 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer einfachen und besseren Genres

Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Durch rechtzeitige enorme Einkäufe bin ich heute in der Lage, trotz der ungeheuren Preissteigerung von Stoffen und trotz der Erhöhung der Löhne die Bestände meines Lagers an

Anzügen und Schlüpfern

zu sensationell billigen Preisen abzugeben.

Anzüge, Schlüpfer, Regenmäntel, Covertcoats — in feinster Verarbeitung beste Futterstoffe, wollige Stoffe, viele schöne Muster, große Auswahl, alle Größen.

Serie I: **600,** Serie II: **700,** Serie III: **800** Serie IV: **900** und höher.

Kurt Groß, Friedrichstraße 118, I. am Oranienburger Tor

Nur Goldacker

CENTRALE: BRUNNENSTR. 129/30.
25 FILIALEN.

Billige Preise

sind die beste Empfehlung für jede Hausfrau!

Roggenmehl	Pfund	2.85
Prima Weizenmehl	Pfund	3.45
Extra Weizenmehl	Pfund	3.75
Auszugmehl	Pfund	4.50

Margarine wie Butter	Pfund	11.00	13.00	16.00
Bratfett	Pfund	14.00		
Schmalz reines Schweineschmalz	Pfund	17.00		

Weisse Bohnen	Pfund	2.00
Viktoria-Erbsen	Pfund	3.50
Grüne Erbsen	Pfund	3.50
Tafelreis (feinster)	Pfund	4.25
Linsen	Pfund	6.00
Haferflocken	Pfund	3.75

Kaffee frisch geröstet	Pfund	22.00	24.00	26.00 28.00
Gerste gebrannt	Pfund	3.70		
Marmelade reine Frucht	Pfund	6.00		

Heute kaufen Sie noch zu günstigen Preisen –

Darum – säumen Sie nicht!

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Fidelio
7½ Uhr

Schauspielhaus
König Richard III.
7½ Uhr

Deutsches Theater
7½ Uhr: Kean
Sonnabend 7½ Uhr: Kean

Kammerspiele
7½: Die Jungfern v. Bischofsberg
Sonnabend 7½: Die Jungfern vom Bischofsberg

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7: Die Räuber (Auß. Abonn.)
So. 7: Die Räuber (Auß. Ab.)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.**
7.30 U.: Die Fahrt ins Blaue
(Gißner, Richard, Engl, Vespermann, Stieda, Bildt)

Komödienhaus
8 Uhr, zum 25. Male:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
im neuen Burleskenschwank
Jonnys Busenfreund

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
von Bernauer u. Schanzer
Musik von Jean Gilbert
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary a. G.
Ralph Artur Roberts
Betty Feiner / H. Kiper

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
D. König in Paris
(Le Roi)
Lustsp. v. Flers u. Caillavet
Olga Limburg, Kaiser-Titz, Lotte Klinder, Oskar Sabo
Richard Senius, Lotte Dewis

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Frl. Josette — meine Frau
Eugen Burg, Carola Toelle, Jul. Falkenstein, Lotte Klinder, Hans Albers.

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Tod und Teufel
Vorher:
Der Kammersänger
Ida Wüst Erich Kaiser-Titz, Käthe Haack, Heinr. Schroth, Regie: Georg Altmann

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 34
8 Uhr:
11 Schlager

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: Masse Mensch

Lessing-Theater
Heute u. folgende Tage 7½:
Die Spielereien der Kaiserin
(Durieux, Steinrück, Ulmer)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Central-Theater
8 U.: Die Postmeisterin
Deutsch. Opernhaus
7½ Uhr: Zar u. Zimmermann
Friedr. Wilhelmst. Th.
8 Uhr: American-Girl
Intimes Theater
8: Die Spelunke / Lauf doch nicht immer nackt herum
Kl. Schauspielhaus
7 Uhr: Kiki (Lustspiel)
Lustspielhaus
7½ Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7½ U.: Die Straßensängerin
Neues Operettentheat.
8 Uhr: Die Königin d. Nacht
Neues Theat. a. Zoo
Morgen Sonnabend 7 Uhr:
Roda-Roda-Première
Die ersten Sporen
Neues Volkstheater
7½ U.: Der Schrei nach Ruhe
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Rauh der Sabinerinnen
Schloßpark-Th. Steglitz
7½ U.: Alles um Geld
Thalia-Theater
7½ U.: Schäm' Dich, Lotte
Th. am Nollendorfplatz
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7½ U.: Die Braut d. Lucullus
Th. i. d. Kommandantenstr.
(Jüdisches Künstler-Theater)
8 Uhr: Newejle
Wallner-Theater
7.30 Uhr: Nixchen
Volksoperette Walhalla-Th.
7½ U.: Die schöne Helena

CASINO-THEATER
Lothringer Str. 37 — Tägl. 7½
Das neue Eröffnungs-Progr. mit der Spitzbubenposse
Exzellenz Maxe.
Vorher: Das laktige Singspiel
Und wem es just passieret
Stg. 3½: Melodien d. Herzens

Folies Caprice
Linienstr. 132, a. Oranienb. Tor
Heute Freitag 8 Uhr:
Uraufführung
Nanons Debut
Posse mit Gesang von L. Leonhard
mit Ferd. Grünecker
Tel.: Norden 8650

Admirals-Palast
7½ Uhr: Die rot. n Schuhe

Reichshallen-Theat.
STETTINER SÄNGER
Abds. 7½ U. u. Stg. nchm. 3 U.
Nm. halbe Pr.
Varieté Döhnhoff-Brett!

Komische Oper 7½ 7½
Direkt.: James Klein
Premiere 4. Oktbr.
Der Herr der Welt!
Gr. Ausstattungsrevue in 8 Bildern
In Szene gesetzt von Direkt. James Klein
Hauptdarsteller:
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Franz Groß
Paul Westermeyer
Lotte Werkmeister
Albert Paulig
Herta Richter
Erna Alberti
Georges Blanvalet
Alfons Martini
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbroch. geöff.

Circus Busch
Tgl. 7½, Sonnt. auch 3 U.
Am Sonntag
nachm. 3 Uhr
ein Kind frei!
Sämtl. Sensationen
Vrkf. Werth. a. Circusk.

Circus Taraselli
am Bahnh. Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr Vorstellung

APOLLO
THEATER
Allabendlich 8 Uhr
Luftballon
im Zuschauerraum
Eine Nacht in Sevilla
mit 24 Damen
und die übrigen Septbr.-Sensationen

APOLLO-THEATER
Direktion: James Klein
8 Uhr Ab 1. Oktober 8 Uhr
Frau Luna
Große Ausstattungs-Operette von Paul Lincke, unter allabendlicher persönlicher Leitung des Komponisten
Oscar Sabo a. G., Else Berna (Frau Luna)
Martin Kettner, Fritzi Arco
Fritz Steidl, Dora Hagen
Original-Grigolatis-Luft-Ballett
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet

Löffler Leibner
Jägerstr. 18.

144/16
Schloßpark Theater
Berlin-Steglitz Schloßstr. 48
Großes Haus
Eröffnung
Sonntag, 2. Oktbr., ½12 Uhr mittags
Konzert unter Leitung von Generalmusikdir. Leo Blech

Alhambra
am Moritzplatz
früher Buggenhagen
Letzter Tag
Otto Reutter
8 Uhr
Volkspreise!

BTL
Potsdamer Str. 38
Die Geier-Wally
mit Henny Porten
Turmstr. 12
Tarzans Roman
Alexanderpl.-Passage
Die Nacht ohne Morgen
Friedenau, Rheinstr. 14
Tarzans Rache

WINTERGARTEN
Reines Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

L.T.L.
Luisen-Theater-Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Eröffnung 1. Oktober
Uraufführung!
7 Uhr
Neptuns Tochter
mit Anette Kellermann
9 Uhr
Großes Orchester
Sonntag: Beginn 4 Uhr

Pianos, Flügel, neu und gebraucht, Gelegenheitskäufe, Teilzahlung. Pianohaus Adam, Münzstr. 16.

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 10071
Täglich 7½ Uhr und Sonnt. nachm. 3 Uhr
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Witz! Komik!
Nachm. halbe Preise
Vrkf. 11-1½ u. 4-6 Uhr

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
usw. Ankauf, Verkauf, Umtausch
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin W 8, Markgrafenstr. 50.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Der Verbandsbeitrag beträgt nicht 8 Mark, sondern
10 Mark
Erstmalig zu zahlen am Sonnabend, dem 1. Oktober, für die Woche vom 2.—8. Oktober.
41/16* Der Gauvorstand.

Bieten Sie dem Glücke die Hand!
151 Millionen Mk.
an Gewinnen
5. Klasse 4 Wochen hindurch verlost vom 14. Oktober bis 14. November
Preuß. Staats-Lotterie
Möglicher Höchstgewinn: 1¼ Millionen Mk.
(vergleiche untenstehende Tabelle)

Hauptgewinne 5. Klasse:

Prämien	Mark	Mark
2 zu	750 000	1 500 000
2 „	250 000	500 000
4 Prämien zusammen		2 000 000
Gewinne		
4 „	500 000	2 000 000
4 „	300 000	1 200 000
4 „	200 000	800 000
4 „	100 000	400 000
4 „	75 000	300 000
6 „	60 000	360 000
10 „	50 000	500 000

Ausschneiden!

Bestellschein
(Sofort ausschneiden, da Ziehung nahe bevorstehend.)
An die Preuß. Staatliche Lotterie-Einnahme
Siwinna
Berlin SW. 11, Luckenwalderstraße 16
Senden Sie mir unter Nachnahme zur 5. Klasse der Preuß. Staats-Lotterie
1/1 Los zu M. 50.— 1/2 Los zu M. 200.—
1/4 Los zu M. 100.— 1/8 Los zu M. 400.—
Porto und Liste M. 1,20 extra.
(Nicht Gewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name: _____
Ort: _____ Straße: _____

Unterschreiben, in ein frankiertes Kuvert stecken und adressieren

Ausschneiden!

SOENNECKEN

BONNA-FEDER

Ueberall erhältlich

F. SOENNECKEN · BONN · Berlin W, Taubenstr. 16-18

Brillanten, Juwelen kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs

Amsterdamer Diamantenschleiferei

Gegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

Gewaschen mit

Dixin

Henkel's Seifenpulver

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Nur allein die

Kunstspielpianos und Flügel

VIRTUOLA

Fußbetrieb / Elektrisch

beides vereinigt

ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstnuancierung

Römhildt A.-G. Leipziger Str. 118-120 1. Stock

Zähne von 8 M. an. Teilzahlg. 5 J. Garantie Kronen 18 M. Zahnzieh. mit Einspritz. höchst schmerzlos. Umarb.schlechts.Geb.Rep. sof. Potsdamerst.58.Hochb.-St. Sprz.9-7 Zahn-Arzt Dr. Woll

Eiserne Öfen

Transportable Kachelöfen

Gas-Öfen

Eiserne Kochherde

Zechlin

Berlin C. - Alexanderplatz 49

Kartoffeln.

Liefere Ihnen Ihren Bedarf an Kartoffeln pro Ztr. 30 M. fr. Empfangsstation. Bei Bestellung sind pro Ztr. 10 M. einzusenden. Nur Selbstverbraucher. 147/15

F. H. A. Knop, Hannover, Isernhagener Str. 2.

Anzüge enorm billig! Infolge billigster Stoffeinkäufe lief. ich Anzüge m. prim. Zutaten v. 275 M. an. Ulster, Schlüpfer, Raglans v. 325 M. an. Streif- u. Feldgrau-Hosen von 65 M. an. Besuch ohne Kaufzwang sehr lohnend.

Joh. Kitscher, Bln., Alexandrinenstr. 62 pt.

Garderobe

für Herren, Damen u. Knaben

nur neueste Modelle auf bequeme Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung

Heinrich Georg

Andreasstraße 28, 1. Etage (am Andreasplatz)

Urbin

der gute Schuhputz

Urbin

nur einzig und allein macht deine Stiefel blank und fein!

Herren u. Damen erhalten in diskreter Weise BEKLEIDUNG **auf Kredit!**

Neueste Eingänge für Herbst u. Winter.

Paletots Ulster

Moderne Jackett- und Rock-

Anzüge

Ersatz für Maß.

Damen - Konfektion.

— In 4 Etagen —

Möbel-Einrichtungen.

A. Damitt

Rosenthalerstr. 46-47

O. Elsholz

Hubertushaus, Neanderstr. 2

Fett-Gänse und Enten

Gänsefleisch, Pfd. 12,50 M. Frische Gänsekeulen St. 14 M. an Frische Gänsebrust Pfd 18 M.

Fette Suppenhühner!

Junge Hühner und Tauben Frische Rehblätter Pfd. 13 M. Hirschfleisch Pfd. 8 und 10 M.

Am Sonnabend

Hasen!! Hasenkeulen Hasenläufer

Eiserne & transportable Kachel-

ÖFEN

SEMMLER & BLEYBERG A.-G. Dresdenerstr. 95 Berlin S. 14

Wäsche-Hof

im Leihhaus Moritzpl. 58a verk. staunend billig Hemden 22, Beinkleider 20, Bettbezüge 70, große Teppiche 895, Künstler-Gardinen 55, Stepp- und Diwandecken, Daunenbetten. Nur Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware.

H. & P. Uder, SO. 16, Engelufer 5

Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake

G. A. Hanewacker • Goldfarb • Landfried • Eicken • Raulino Oldenkott. • Geöffnet 8—2 u. 3—5 Uhr. Moritzpl. 3014, 13720

Seit 1887

liefern wir Qualitätsware. Unsere neue Zweigfabrik Berlin-Pichelsdorf ist eröffnet und bitten wir, einen Versuch mit unseren Fabrikaten zu machen.

Unser Konsern

Bergisch-Märkische Margarine-Werke

F. A. Isserstedt Akt.-Ges.

Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung: Franz Jos. Gfrörer

BERLIN W 50, Ansbacher Str. 56 • Fernsprecher: Steinplatz 4848

Alles in den Schatten stellend sind unsere Preise trotz gewaltiger Warensteigerung!

Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways

aus erstklassigen Maßstoffen, Roßhaar-Selbstverarbeitung, prachtvoller Sitz . . . . 400, 500, 600 Mark

Kreuzfüchse Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Sealmäntel, Geh- und Sportpelze 50 Prozent billiger als im Laden

Leihhaus Brunnenstrasse 5

(Rosenthaler Platz)

Fahrgeld-Vergütung — Keine Lombardware

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 2,00 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). — Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr geöffnet

Verkäufe

Monatsanzüge, Winterpaletots zu staunend billigen Preisen. Ruß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße. 70/11*

Gardinenverkauf! Künstlergard. 48,—, Madrasgard. 105,—, Stores 45,— Bettdecken, Tischdecken, Diwandecken. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 66, IV. Kein Laden. 120K*

Kreuzfüchse 85,—, Alaskafüchse, Silberfüchse, Skunkse. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstr. 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. 151K

Anzüge 250,—, Gummimäntel 275,—, Hosen 45,—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Graufuchs 500,—, selten schönes Exemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 650,—. Lipton, Turmstr. 58. 171K*

Pelzwarenwegner, Potsdamerstraße 43. Streng reeller Verkauf aller erdenklichsten neuen Pelzwaren. Sommerpreise. Riesenauswahl. Keine Versatzware. Verkaufsstunden neun bis eins, drei bis sechs.

3 Sealmäntel. Prachtstücke, à 2950, wundern. Silberwolf, Kreuzfuchs, Silberfuchs 460 bis 600, großer echter Skunkskragen 750. Großmann, Schöneberg, Kufsteinerstr. 2, v. 1. Untergrundbahn Bayerischer Platz.

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 575, außerdem prachtvoller Silberfuchs und Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II, Ecke Kommandantenstraße. *

Anzüge enorm billig! Infolge billigster Stoffeinkäufe liefere ich Anzüge mit prima Zutaten von 275 M. an. Ulster, Schlüpfer, Raglans von 325 M. an. Streif- und Feldgrau-Hosen von 65 M. an. Besuch ohne Kaufzwang sehr lohnend. Joh. Kitscher, Berlin, Alexandrinenstr. 62, parterre. 137/18*

Auf Teilzahlung Anzüge, Ulster, Schlüpfer, bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb (kein Laden), Rollendorfstraße 2a (Rollendorfplatz). 107K*

Monatsanzüge, Gummimäntel von 250,—. Neue Herrengarderobe verkauft zu Engrospreisen an Privatkunden Alexanderstraße 28a, hochparterre. 157/8D*

Anzüge, Friedensstoffe, Friedensfutter, infolge billigster Stoffgroßkäufe 325,—. Extraanfertigen 75,— mehr. Lager erstklassiger Maßstoffe! Werkstatt Elsasserstraße zwanzig, hochparterre. *

Flauschulster 95,—, Herbstkostüme, entzückende Noppeschlüpfer. Modellulster 250. Riesenauswahl, direkt Werkstatt. Altmann, Rosenthalerstraße 44, III. Hackeschermarkt.

Billige Bettwäsche. Ganze Garnitur 68,—, Laken 25,—, Federdichte Inletts 98,—. Große Posten Deckbettbezüge, etwas angestaubt, weit unter Preis. Wäschestoffe, Handtücher: Fabrikpreise. Enorme Auswahl. Sofort überzeugen von Realität unseres Angebots. Verkauf zum alten Preis, nur solange Vorratsbestand. Bettwäschefabrik Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. 112K*

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel 275, Joppen 70. Elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse usw. spottbillig. Riesenlager. Keine Lombardware. Leihhaus Boxhagenerstraße 47 (Holtzecke). 133K*

Sibirischer Kreuzfuchs 375. Außerdem prachtvoller Graufuchs 550. Weinstein, Libauerstraße 5, drei Minuten von Warschauerbrücke. *

Cutaway-Anzug billig verkäuflich. Schenk, Köpenickerstraße 127. 162/2

Günstige Kaufgelegenheit! Gardinen, Bettdecken zu Fabrikpreisen empfiehlt Culmerstraße 6 II. 3902b

Einkaufshaus für wenig getragene Jackettanzüge, Paletots, Schlüpfer, Gesellschaftsanzüge, Cutawayanzüge, Beinkleider, einzelne Sachen kaufen Sie nur billig bei Austreicher, Oranienstr. 193, am Heinrichplatz. 66/20

Gardinen staunend billig. Künstlergarnituren, dreilig. 65,—, Madrasgardinen 105,—, 125,— bis 500,—, Halbstores 43,—, Bettdecken, Gardinenstoffe, enorm ermäßigt. Deutsch, Landsbergerstr. 13, parterre, kein Laden. *

Monatsgarderobe und Neu! Herrenanzüge, Burschenanzüge, Schlüpfer, Paletots, Hosen, Damenkleider, Damenmäntel, Kostüme, Röcke, Schuhwaren. Verleihinstitut von Gesellschaftsanzügen. Große Auswahl, billige Preise. Neukölln, Berlinerstraße 41. *

Möbel

Möbel werden teurer! Verkaufe noch zu alten Preisen. Bar oder Teilzahlung. Kleinste An- und Abzahlung. Küchen, weiß und bunt, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, einzelne Möbel. Gekaufte Möbel können unbegrenzte Zeit kostenlos lagern. Landwehr, Müllerstraße 7 (Weddingplatz). *

Umbausofas 925,— bis 1525,—, Chaiselongue 210,— bis 575,—. Auflegematratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Chaiselongue 180,—, Chaiselonguedecke 75,— Metallbetten 160,—. Kinderdrahtbett. Meicke, Augustr. 32a. Quergebäude. 143K

Musikinstrumente

Pianos! Gelegenheiten. Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 162/10

Fahrräder

Radreparaturen schnellstens! Schlawe, Weinmeisterstraße vier. 138/20*

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149K*

Nationalkasse sucht sofort gegen bar Monthen, Steglitz, Kissingerstr. 7. Steglitz 3110.

Weißbierflaschen kauft Kienz, Weißenburgerstr. 35. 162/13

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Rennbergstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Abendlehrgänge. Tageslehrgänge. 64/15*

Tanzschule, bessere, Karl Friedrich, Michaelkirchstraße 30. Täglich Unterricht. Anfängerkurse, Modetanzkurse. 66/5*

Verschiedenes

Vervielfältigungen, erstklassig. Ernst, Belforterstraße 30. Humboldt 6505. *

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhaft. Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 75. 190K*

Dauerwäsche repariert Born, Reichenbergerstraße 7. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Lederarbeiter, tüchtige Polsterer, verlangen Ewald u. Held, Holzmarktstr. 48a. 162/11

Erstklassige Mechaniker für National Registrier-Kassen bei hohem Lohn sofort gesucht. Registrier-Kassen-Gesellschaft Reinsch u. Co., Friedrichstr. 62. 188/7D*

Selbständige Arbeiterinnen und Zuarbeiterinnen für Röcke verlangt Sachsenhaus, Jerusalemerstr. 43. 3901b

Packerinnen, tüchtige, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren an unseren Kassen sofort gesucht. Meldungen 5—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 118/119.

Aenderinnen

selbständig, für Mäntel, Kleider (dauernde Stellg.) sof. gesucht

Gebrüder Neumann

Turmstraße 33

Maurer und Putzer

für dauernde Beschäftigung für Baustellen im Bezirk Bochum sofort gesucht. Stundenlohn Tarif 9,20 M. Meldungen Bauhütte für Rheinland & Westfalen und Baugenossenschaft Bochum, Bochum, Ottostr. 71. [108/19*

Beizer

gesucht, der jede Beizung selbständig ausführt und darüber Zeugnisse vorzeigen kann.

Orga A.-G., Burgstr. 21

Laufbursche

15 bis 16 Jahre, aufgeweckt, zum baldigen Eintritt von Exportfirma gesucht. Möglichkeit für weiteres Fortkommen gegeben. Vorstellung mit Zeugnissen Freitag 3 bis 5 Uhr nachm. bei Hugo Herrmann Schützenstr. 29/30

Linotypesetzer mit mehrjähriger Praxis sofort ges.

Linden-Druckerei, Schiffbauerdamm 19.

Tüchtige

Verkäuferinnen

für

Korsetts

Kleiderstoffe

Leinen- u. Baumwollwaren

Trikotagen

Herrenartikel

Spielwaren

sofort gesucht

Meldungen: 5—7 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.

Charlottenburg

Wilmersdorfer Str. 118/119.

Schneiderinnen

außer dem Hause, **für elegante Lingerie-Kleider,** welche **gut und sauber** arbeiten, finden lohnende und dauernde Beschäftigung.

Hohlsaum-Maschine, Vorlage und Ausweispapiere sind Bedingung.

Hermann Löb & Levy

Krausenstr. 38/39.

342D*

Botenfrauen stellt ein **ZZ.**

Ausgabestellen: Bärwaldstr. 42, Prinzenstr. 31, Lausitzer Platz 14/15, Immanuelkirchstr. 24, Müllerstr. 34a, Markusstr. 36, Petersburger Platz 4, Wilhelmshavener Str. 48, Steglitzer Str. 37, Ackerstr. 174; Neukölln: Neckarstr. 2; Lichtenberg: Wartenbergstr. 1, Boxhagener Str. 62; Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.

Antisemitenkrakeel im Rathaus.

Wohnungsluxussteuer / Polizei und Arbeitslose / Orgeschgefahr.

In der Stadtverordnetenversammlung trugen gestern hauptsächlich Kommunisten und Deutschnationale die Kosten der Unterhaltung. Diesmal marschierten sie nicht Arm in Arm, wie man es im Rathaus mitunter schon bei ihnen erlebt hat, sondern zogen voll Wut gegeneinander los. Eine Anfrage der Kommunisten wegen des Vorgehens der Polizei gegen die Arbeitslosen, die am 25. August vor dem Rathaus demonstrierten, brachte einen Zusammenstoß mit dem deutschnationalen Stadtrat Wege. Ein Antrag der Deutschnationalen, der Maßnahmen gegen den Zuzug aus dem Ausland, besonders gegen die Ostjuden, verlangte, führte zu einer Judendebatte, wie die Deutschnationalen sie sich längst in der Stadtverordnetenversammlung gewünscht hatten. Den Antragstellern hielt der Redner der sozialdemokratischen Fraktion vor, daß es ihnen nur darum zu tun war, eine agitatorische Wirkung zu erreichen. Bei diesem Bemühen kam es zwischen ihnen und den Kommunisten samt Unabhängigen zum Austausch etlicher Liebenswürdigkeiten, die keinem Komplimentierbuch entlehnt waren. Ueber einen Antrag der Kommunisten, der scharfes Vorgehen gegen die etwa noch bestehenden Orgeschformationen forderte, wurde vor fast leeren Bänken verhandelt, weil die rechtsstehenden Fraktionen größtenteils aus dem Saal auszogen. Der kommunistische Redner schlug starke Töne an, machte aber wenig Eindruck. Erst als der Unabhängige in dieselbe Kerbe hieb, kam Leben in die Bude. Das Vergnügen endete in Beschlußunfähigkeit.

Sitzungsbericht.

Eröffnung 5 Uhr 20 Minuten. Zu Ehren des am Dienstag verstorbenen Stadtv. Krause (D. Vp.) erhebt sich die Versammlung von den Plätzen.

Vorsitzender Dr. Weyl schlägt vor, über die gestrigen Ausschußbeschlüsse betreffs der Deckung der neuerlich beschlossenen Lohn- und Gehaltszulagen (Erhöhung der Tarife der städtischen Werke, Erhöhung der Gewerbesteuer usw.) sofort zu beraten. Es entsteht hierüber eine mehr als halbstündige

Geschäftsordnungsdebatte,

in der von Dörr (Komm.) und von Mielitz und Dr. Hertz (U. Soz.) Vertagung bzw. Zurückverweisung an den Ausschuß befürwortet wird, da die gestrigen amtlichen Auskünfte über die Finanzlage der Werke unzureichend gewesen seien. Obwohl sich der Kämmerer Dr. Harding alle Mühe gibt, den Wunsch des Magistrats bei der Versammlung durchzusetzen, damit selbst der Anschein vermieden werde, als ob hier doch entgegen dem Programm der städtischen Körperschaften eine Mehrausgabe ohne Deckung genehmigt sei, und trotzdem er bei sämtlichen bürgerlichen Parteien Unterstützung findet, wird mit den Stimmen der drei Linksparteien die Zurückverweisung beschlossen.

Die Ordnung betreffend die

Wohnungsluxussteuer

wird in der von der Aufsichtsbehörde verlangten abgeänderten Form nach kurzer Erörterung verabschiedet.

Am 25. August haben Dörr (Komm.), Dr. Kölitz (U. Soz.) u. a. folgende Anfrage eingereicht: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um in Zukunft zu verhindern, daß die Schupo in brutaler Weise außerhalb und innerhalb des Rathauses Bürger und ihre Vertreter mißhandelt und in Ausübung ihrer Pflichten behindert?“

Stadtrat Wege beantwortet die Anfrage dahin, daß der Magistrat nie Mißhandlungen eines Berliner Bürgers dulden wird. Am 25. August sei ihm gemeldet worden, daß große Massen von demonstrierenden Erwerbslosen von der Gormannstraße und vom Friedrichshain im Anzuge seien, die durch hetzerische Reden aufgefordert wurden, ins Innere des Rathauses zu dringen. Es sei somit seine Pflicht gewesen, alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, sich auch

der Hilfe der Polizei zu bedienen,

um so mehr, als tags vorher in Lichtenberg ein ähnlicher Auftritt stattgefunden hätte, wobei Räume des Rathauses demoliert worden seien. Nach dem amtlichen Bericht (den Redner verliest) sind 21 Mann sistiert worden, weil sie sich durch Hetzreden gegen die Beamten auflehnten. Die Sistierten seien zu ihrem Schutz auf den Hof des Rathauses geführt und dort von 5 Beamten bewacht (Zuruf links: Verprügelt!) worden. Dann hätten sich 25—30 Herren dort angesammelt, die sich als Stadtverordnete auswiesen und den Beamten große Schwierigkeiten in den Weg legten, sich mit den Sistierten unterhielten, sie gegen die Beamten aufhetzten und letztere belästigten und ihre Tätigkeit lächerlich machten. Dadurch hätten die Sistierten den Mut zu neuen Widersetzlichkeiten gefunden, und nur das ruhige Verhalten der Beamten habe neue Zwischenfälle vermieden. — Der Stadtrat schließt mit der Erklärung, daß er nur seiner Pflicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, genügt habe und ihr auch weiter nachkommen werde.

In der Besprechung gehen die Redner der Kommunisten und Unabhängigen dem Stadtrat Wege scharf zu Leibe. Dörr (Komm.): Es hat sich keineswegs um demonstrierende Massen, sondern um

Deputationen der Erwerbslosenfürsorgestellen

gehandelt, die dem Magistrat ihre Wünsche vortragen wollten. Stadtrat Weise habe auch mit ihnen verhandelt, während Herr Wege sie durch die Polizei wegbringen lassen wollte, auch das Rathaus in Verteidigungszustand hatte setzen lassen. Der Bericht enthalte fast nur Falsches. Er (Redner) sei von einem Polizeibeamten am Kragen genommen, einer der Sistierten sei gewürgt, gegen die Mauer gestoßen und mißhandelt worden. — Dr. Kölitz (U. Soz.): Der Bericht ist

erstunken und erlogen.

Aufgepeitscht worden ist von Provokateuren. Ein Mann wie Herr Wege, der aus übertriebener Aengstlichkeit die Polizei holt, der seinem Posten so wenig gewachsen ist, muß weg von seinem Platz! — Auch Clajus (U. Soz.) bestätigt als Augenzeuge die Darstellung der beiden Vorredner. — Stadtrat Wege wiederholt, daß er nach wie vor seine Pflicht zu tun gedenke. Es seien tatsächlich Tausende von Demonstranten erschienen. — Ihm traten Leupold (Komm.), der sich ganz besonders über die „grünen Bestien“ entrüstet, und Frau Wengels (U. Soz.) entgegen. Eine Aeußerung des Stadtv. Eynern, von der Rechten, der auch den Namen des Stadtrats Stolt erwähnt, gibt letzterem zu einer persönlichen Bemerkung Anlaß, die an den Stadtv. „Euner oder so ähnlich“ richtet. Ein Zuruf von Dörr: „E wie Esel!“ ruft aus der Mitte des Saales den Gegenruf „D wie Dussel!“ hervor, der mit anhaltender stürmischer Heiterkeit aufgenommen wird.

Damit ist die Anfrage erledigt. Am 26. Juni haben Lüdicke und Gen. (Dnat. Vp.) folgenden Antrag gestellt: „Den Magistrat zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen und der Versammlung mitzuteilen: 1. wieviel Personen, die eine deutsche Reichs- oder Staatsangehörigkeit nicht besitzen, seit 1. April 1914 in Berlin zugezogen sind und Wohnung gefunden haben, 2. wieviel von diesen Personen aus den östlichen Nachbargebieten, besonders aus Galizien und Kongreßpolen stammen, 3. wieviel Reichs- und Staatsangehörige zurzeit in Berlin keine Wohnung finden können und wieviel davon Flüchtlinge aus den verloren gegangenen Landesteilen sind. Stadtv. Studienrat Danicke (Dnat. Vp.) begründet den Antrag. — Czeminski (Soz.): Es kommt den Antragstellern offenbar bloß auf die

proletarischen Schichten der Einwanderung aus dem Osten

an; an denjenigen Elementen, die im Berliner Westen große Wohnungen eingenommen haben, nehmen sie keinen Anstoß, die scheinen ihnen sehr angenehm zu sein. Außerdem scheinen sie mit dem Antrag noch etwas für ihre Wahlagitation herausholen zu können. Die verlangte Statistik würde auch ein großes Beamtenheer nötig machen. Tatsächlich wird mit den Wohnungen in Berlin geschleudert; denn Stinnesleuten, die Hunderttausende an „Abstandsgeldern“ zahlen, werden ganze Häuser zugeschanzt.

Im Sinne der Antragsteller sprechen weiter Müller-Franken (Wirtsch. Vgg.) und Kröpelin (D. Vp.) — Dr. Weinberg (U. Soz.) bringt zur Sprache, daß Stadtv. Pastor Koch einen Zwischenruf „Die Juden sind eine Seuche!“ getan hat und spricht dem Vorsteher Dank dafür aus, daß er den Zwischenrufer nicht zur Ordnung gerufen und damit bekundet hat, daß niemand diesen Prediger der christlichen Nächstenliebe ernst nimmt. — (Vorsteher Dr. Weyl: Wenn dieser Zwischenruf gefallen ist, muß ich den Stadtv. Koch wegen einer solchen schweren Kränkung und Beleidigung unserer Mitbürger zur Ordnung rufen.) Für den Ausdruck „Schuft“, den Dr. Weinberg in einem Schlußsatz gegen Koch gebraucht, wird er ebenfalls zur Ordnung gerufen.

Lewin (Dem.): Wir erkennen die bestehenden Uebelstände auch, sehen aber kein Mittel dagegen, am allerwenigsten in der beantragten Statistik. — v. Lindeiner (Dnat. Vp.): Mein Parteifreund Koch hat während der Rede des Dr. Kölitz zwischengerufen: „Die Ostjuden sind allerdings eine Seuche“.

Nachdem noch Manasse (U. Soz.) sich gegen den Antrag ausgesprochen und Koch zugegeben hat, den Zwischenruf in der jetzt angeführten Form getan zu haben, wird der Antrag Lüdicke mit den Stimmen der drei Linksparteien und der Demokraten abgelehnt.

Ueber den Antrag der Deutschnationalen betr. die Beteiligung von Schulkindern an einer kommunistischen Versammlung geht die Versammlung auf Antrag der Frau Riedger (Soz.), da er längst überholt sei, zur Tagesordnung über.

Ueber den Antrag Gäbel betr. die

Aufhebung der Orgesch- und Selbstschutzorganisationen

in Berlin beantragt nunmehr Caspari (DVP.) mit der gleichen Motivierung Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag wird abgelehnt. Leupold (Komm.) begründet den Antrag. Er zählt alle Morde auf, die seit Dezember 1918 an den Genossen durch die Reaktion und ihre Handlanger verübt worden sind, und stellt dieser Aufzählung die glimpfliche Behandlung der Kapp-Rebellen durch Noske und Geßler gegenüber. Ludendorff und Hindenburg, die längst an die Laterne gehörten, ständen an der Spitze der Konterrevolution. Unter Anführung einer Reihe von Namen und Adressen behauptet Redner sodann das Vorhandensein eines engen Zusammenhangs und ein Zusammenwirken zwischen den verschiedenen reaktionären Organisationen und der Reichswehr. Diese Organisationen verfügten über zahlreiche Organisations- und Werbebureaus und ihre Leitungen hielten regelmäßige

Sitzungen im Fürstenhof

ab. Auch unter den Arbeitern und Arbeitslosen hätten sie ihre Netze ausgeworfen; auch sei behauptet worden, die Berliner Selbstschutz- und Orgesch-Formationen seien vom Polizeipräsidenten Richter genehmigt worden. — Auch die Roßbach- und Oberland-Arbeitsgemeinschaften und ihre Programme und Werbungen beleuchtet der Redner. Die Tannenbergfeier sollte zum Aufmarsch der Orgesch in Berlin benutzt werden, auch die Regimentsfeiern und Frontappelle dienten demselben Zwecke. Der Arbeiterschaft bleibe nichts übrig als zu handeln. Dove (Dem.) kann nicht erkennen, was der ganze Vortrag mit der „einstweiligen“ Stadtverordnetenversammlung zu tun hat. — Clajus (U. Soz.) erhält um ¼10 Uhr das Wort, um mit einem reichen Material den Vortrag von Leupold zu ergänzen. — Um ½10 Uhr wird ein Antrag auf

Schluß der Debatte

von Dr. Caspari (DVP.) gestellt und zugleich die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Da der Saal fast leer ist, hat die Verhandlung kurz nach ½10 Uhr ein Ende.

Verbotene Lichtstrahlen.

St. Bureaukratius ist ein nützlicher Mensch, nicht nur, daß er dafür Sorge trägt, daß alles den Instanzenweg innehält und dabei über tausenderlei papierne Schwierigkeiten stolpert, er ist auch der Siegelbewahrer der Gerechtigkeit.

Wie bekannt, brachte die Kohlenknappheit nicht nur die Einschränkung der Straßenbeleuchtung, sondern auch das Lichtreklameverbot mit sich. Das wurde, aus den gebotenen Sparsamkeitsrücksichten, auch bis auf den heutigen Tag noch nicht aufgehoben. Das Verkehrsamt in Berlin aber, das sich bemüht, den Verkehr in der Millionenstadt zu erleichtern (was St. Bureaukratius freilich nicht einleuchtet, denn, Herrgott, wie erschwere ich meinen Mitmenschen das Leben, ist sein Morgen- und Abendgebet), kam auf den Gedanken, in den noch immer mangelhaft beleuchteten Straßen eine neue Art der Kenntlichmachung der Straßenbahnhaltestellen zu schaffen. Eine glückliche Lösung wurde in den erleuchteten Säulen geschaffen. Die

---

16]

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

Wie gut war es nur, daß er beim Anhalten auf jede Mitgift verzichtet hatte! „Ich will nur Thea,“ hatte er gesagt. „Nur Thea, sonst nichts.“

Nein, es war ein ungeheuerlicher Gedanke seiner Kollegen, die ihn mit der hohen Mitgift neckten und mit schlecht verhehlter Mißgunst davon sprachen, daß ihnen ihre Frauen außer einer Kaffeemühle nichts mitgebracht hätten. Es war ungeheuerlich prosaisch und erbärmlich dazu. „Ich will nur Thea, sonst nichts.“ Aber er hatte in seinem Bürgerinstinkt doch geschwiegen und sie in dem Glauben gelassen, daß er einen Goldfisch gekapert habe.

So versuchte er wenigstens, sich nützlich zu machen, schlug Hotels vor, die solche Feste zu billigerem Preise veranstalteten, oder riet, die Zahl der Gäste einzuschränken. Das tat er aber nur in Theas Abwesenheit. War sie da, hatte er nur für sie Augen und Sinn. War sonst noch jemand da? Sprach sonst noch jemand? Gab es überhaupt sonst noch jemanden auf der Welt? „Thea, bist du nicht auch meiner Meinung?“ Thea sagte „Ja“ und tat, was sie wollte.

Frau Görke sprach nie zu anderen über Henning. Nur zu Fräulein sagte sie einmal mit trostlosem Gesicht: „Meinen Sie, daß die beiden glücklich werden?“

„Sicher,“ sagte Fräulein. „er hat sie ja so lieb.“

„Das ist es gerade, Fräulein! Wenn er das nur weniger zeigen würde, wäre es besser für Thea. Aber keiner kann aus seiner Haut.“

Fräulein begriff nicht, wie man zuviel Liebe zeigen könne.

Julius Görke hatte von dem Augenblick an, wo Henning zur Familie gehörte, seine Meinung über ihn gründlich geändert. „Er ist ein tüchtiger Mann, mit so jungen Jahren Doktor und Gymnasiallehrer. Denken Sie nur! Alle Vorgesetzten sagen ihm eine rasche Laufbahn voraus.“ Er hatte sich wohl gehütet, mit einem Vorgesetzten Hennings über ihn zu sprechen. „Ein liebenswürdiger, bescheidener Mensch. Wir haben ihn alle gern.“ Er ließ sich nie sehen, wenn Henning kam . . .

Seine Frau sprach ihm von Hennings Sparsamkeitsvorschlägen. Er lachte. „Er ist ja doch nicht bei Hannchen und Mannchen. Nein, einen Taler und acht Groschen kann es schon kosten.“

Thea kam dazu.

„Was sagst du denn dazu? Wollen wir im Volksspeisehaus in der Ankerschmiedegasse die Feier begehen?“

Thea wußte nicht, was er meinte.

Er lachte. „Görkes sind Görkes. Und Hennings sind Hennings. Und Armut kommt von der Powerteh.“

„Du bist mir rätselhaft, Vater.“

„Haha, laß es dir nur von Henning lösen, das Rätsel.“

Thea zuckte die Achseln. „Ach, Henning!“

Die Mutter legte sich dazwischen. So dürfe kein junges Mädchen von ihrem Bräutigam sprechen. „Denkst du, deine Mutter hat so von ihrem Bräutigam gesprochen?“

Thea lachte böse: „Nein. Dafür ist eure Ehe auch so vorbildlich.“

Görke machte „hm“ und blickte sie und seine Frau mißtrauisch an. Wie alle Tyrannen witterte er immer Verschwörungen.

Wenn solche Szenen kamen — und sie kamen oft —, erhob sich Fräulein mit ihrer Arbeit und ging ins Nebenzimmer. Sie fühlte sich beschwert; irgendwelche dunklen Gefühle waren durch solche leichtsinnigen Worte beleidigt.

Gern hätte sie dann, wenn Henning erschien, ihm ein paar herzliche Worte gesagt. Aber er saß so steif und ängstlich abwehrend da, daß ihr das Wort im Munde erstickte. Offenbar wußte er nicht recht, wie er sie behandeln sollte, ob als Theas Freundin oder Theas Bedienstete. So wandte er die Diplomatie des Schweigens an und atmete auf, wenn ein Dritter dazukam.

Drei Tage vor dem Fest war Theas Kleid fertig. Sie war glücklich. Und in ihrem Glück dachte sie Fräuleins. „Was ziehen Sie eigentlich an?“

„Mein Dunkelblaues.“

„Schade, daß wir nicht daran gedacht haben, sonst hätte mein Weißes noch für Sie umgearbeitet werden können. Oder hätte Sie das geniert?“

„Bewahre.“ Aber es gab Fräulein doch einen Stich durchs Herz. Die Herrlichkeiten ringsum betäubten und erregten sie. Sacht strich sie über das seidene Kleid Theas. Einen Augenblick schloß sie in unbewußter, unbegründeter Seligkeit ihre Augen. Und in diesem Augenblick sah sie sich mit diesem Kleid angetan und gefeiert. Die Herren sagten zu ihr wieder „gnädiges Fräulein“, und sie hatten nicht mehr den bisherigen mokanten, überlegenen Ton, in dem man sonst mit ihr verkehrte, mit dem Fräulein bei Görkes. Und einer — einer hielt um sie an. Sie schüttelte den Kopf. „Heute kann ich nicht antworten. Morgen. Morgen. Und dann steht ja auch Hermann Görke dort und sieht uns zu.“ Und Hermann Görke wandte ihr sein Gesicht mit müd ironischem Lächeln zu und trat zwischen sie und — ihn. All dies durchlebte sie in dem Augenblick, da sie ihre Lider schloß. Dann war alles vorüber. Sie saß wieder ruhig da und stopfte Strümpfe und hörte Frau Görke über die Ansprüche der Schneiderin schelten.

Als Henning heute kam, mußte er zum Abendbrot dableiben. Und Tante Tinchen erschien, und er durfte Tante Tinchen heimbegleiten und sich von ihr zum Kaffee einladen lassen.

Er war glücklich.

Julius Görke hatte ihn in seinen närrisch-feierlichen Familienstammbaum aufgenommen. Im Nachtrag unter Note 46 standen die Anverwandten Hennings. Es war für Henning wie eine Verewigung und Verherrlichung aller derer, die Henning hießen und nun das Glück hatten, in die Görkesche Familie zu zählen. Die Familie nahm ihn in ihren Schoß auf. Alles waren liebe, reizende Menschen. Er hatte sie alle lieb. Er würde es ihnen allen vergelten, daß sie ihm in ihrem festgefügten Familienkreis gewissermaßen eine neue Heimat beschert hatten. Am liebsten hätte er sie alle geküßt, alle. Aber er wagte es nicht.

Doktor Henning war glücklich; restlos glücklich . . .

Ich suche dich.

Als Fräulein sich an den Frühstückstisch setzte, saßen Frau Görke und Thea noch daran. Meistens aß jeder aus der Familie einzeln, der alte Görke, der früh ins Geschäft ging, zuerst; dann seine Frau, dann Thea und Hermann. Fräulein kam meistens zum Schluß heran; sie mußte ja erst Werners Schulaufgaben durchsehen und Eva anziehen; und dem Mädchen helfen. Wenn sie sich hinsetzte, war der Kaffee meist kalt und der Buttervorrat bis auf einen winzigen Rest — den Anstandsrest — verschwunden.

Fräulein liebte diese Stunde dennoch. Es war eine der wenigen Gelegenheiten am Tage, wo sie allein war. Dann las sie die Morgenzeitung, die inzwischen von Julius Görke auf den Kurszettel und das Politische, von Frau Görke auf die Verlobungen und Auktionsanzeigen, von Thea auf die Romane hin durchflogen war. Das Blatt war dann zerknittert und befleckt.

Fräulein atmete dann auf. Sie war eine Viertelstunde lang sicher, daß niemand sie rief und daß man sie in Ruhe ließ.

Heute aber saßen die beiden Damen noch am Tisch, schweigend und ihr entgegenharrend, wie es schien.

(Forts. folgt.)

sind weithin sichtbar und durch die geschickte Anordnung von Fahrplan und Richtungsanweiser zugleich ein Ratgeber für Unkundige. Bei rationellster Ausnutzung der Lichtquellen brachte man auch Reklamen an, die beleuchtet werden, ohne auch nur eine einzige weitere Glühbirne für ihre Erhellung zu beanspruchen. Das sah St. Bureaukratius, er wurde angeregt, kam zum Nachdenken und auch zu einem Resultat. Er sah, entdeckte und verbot die Lichtreklamen. Da nun freilich nur eine Lichtquelle in Frage kommt, er infolgedessen auf die Lichtverschwendung nicht wettern kann, kam er zu folgendem, von Weisheit überquellendem Beschluß. Das Wort Haltestelle, der Fahrplan und der Richtungsweiser dürfen beleuchtet werden, die Reklamen jedoch müssen nach wie vor ihr Dasein im Dunkeln fristen. Da jenes nicht durch die Ausschaltung der elektrischen Birne zu erreichen ist, müssen die Reklameflächen von innen mit dicker, auf jeden Fall undurchsichtiger Pappe beklebt werden, damit kein Lichtstrahl auf sie fällt.

So geschieht der Gerechtigkeit Genüge. Vielleicht sieht in Zukunft St. Bureaukratius sich alle Beleuchtungsmöglichkeiten noch mal etwas schärfer an. Er wird auf viele Ungerechtigkeiten stoßen. Wie manche Laterne steht doch in der Nähe eines Reklameschildes. Da müßte nun die Lichtspenderin entweder versetzt werden oder man müßte sie gegen das Reklameschild hin einfach abblenden. Es wäre tunlich, wenn St. Bureaukratius von namhaften Personen Gutachten einfordern würde, ob schwarz oder blau oder welche Farbe am geeignetsten dafür wäre. Vor allem, St. Bureaukratius (der von 1921) muß leben, er ist ein so nützliches Wesen, das wir ihn auch heute einfach nicht entbehren können.

Keine Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Ein Berliner Mittagsblatt hatte seinen Lesern gestern sehr voreilig die überraschende Meldung vorgesetzt, daß der böse sozialistische Magistrat jetzt noch beabsichtige, den Straßenbahnfahrpreis auf 1,30 M. zu erhöhen, was die bürgerlichen Kommunalpolitiker bereits mit stillem Entzücken erfüllte. Obgleich das den Herrschaften jetzt vor den Wahlen gerade in den Kram gepaßt hätte, so machte ihnen das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats jetzt einen Strich durch die Rechnung. Wie es mitteilt, entspricht die Meldung über eine beabsichtigte Erhöhung des Straßenbahntarifs auf 1,30 M. nicht den Tatsachen. Ob und wann eine Heraufsetzung des Fahrpreises unvermeidlich sein wird, hängt von der Entwicklung des Berliner Straßenbahnverkehrs und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ab.

Auf jeden Fall steht fest, daß die ganze Angelegenheit noch gar nicht Gegenstand von Verhandlungen gewesen ist.

Massenentlassungen in den städtischen Betrieben.

Von dem Gesamtbetriebsrat der Betriebe und Verwaltungen des Magistrats Berlin erhalten wir folgende Zuschrift:

Durch die Maßnahmen, die Ausgaben mit den Einnahmen decken zu wollen, sind an den Etats der Verwaltungen so erhebliche Abstriche gemacht worden, daß man jetzt zu den Mitteln der Massenentlassungen schreitet. Auf Grund dieser Tatsache sind die einzelnen Körperschaften (Betriebsräte) beim Berliner Magistrat vorstellig geworden, die Massenentlassungen zu verhindern. Durch nachdrücklichste Verhandlungen hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, eine Summe von 14 Millionen Mark hierfür bereitzustellen. Wie werden nun aber diese bereitgestellten Mittel verwandt? Hierfür ein Schulbeispiel zu geben, ist folgende Tatsache festzustellen.

Dem Verwaltungsbezirk 14 Neukölln sind von den genannten 14 Millionen Mark etwas über 1 Million zur Verfügung gestellt worden. Hiervon erhält die Parkverwaltung, die besonders von den Massenentlassungen bedroht ist, 500000 M. Trotz Bereitstellung dieser Mittel muß festgestellt werden, daß dennoch Entlassungen vorgenommen werden, weil diese Mittel für bereits gemachte Ausgaben und Neuanschaffungen an Materialien verwandt werden sollen und nicht, wie es sich gehört, für Löhne. Wir müssen gegen eine derartige Verwendung der Mittel aufs schärfste protestieren, da man nicht dulden kann, daß unter der Bewirtschaftung der Parkverwaltung die Arbeitnehmer leiden. Auf diese Weise würden sie jetzt einfach der Arbeitslosigkeit anheim fallen. Andererseits sei aber auch festgestellt, daß die Erklärungen der Betriebsleitung immer dahin gingen, daß sie mit der Zahl der Beschäftigten, welche auf Grund der Entlassungen in der Verwaltung bleiben, nicht in der Lage ist, die notwendigen Arbeiten zu bewältigen.

Wir fordern deshalb auf diesem Wege den Magistrat auf, obigen Fall zu prüfen und von seiner Seite darauf zu achten, daß Mittel, die einem bestimmten Zweck dienen sollen, auch hierfür verwandt werden.

Einbrecher im Postamt Zimmerstraße. Von Einbrechern heimgesucht wurde das Postam 12 in der Zimmerstraße. Die Verbrecher haben sich wahrscheinlich in dem Gebäude abends verborgen und einschließen lassen. In der Nacht erbrachen sie dann mit Stemmeisen einen Schrank und erbeuteten daraus über 3000 M. bares Geld und für 23 000 M. Postwertzeichen von 5 Pf. bis zu 2 M. Für die Ermittelung der Einbrecher, die ohne Zweifel mit den Räumen und dem Betrieb und den Gepflogenheiten auf dem Amt gut Bescheid wußten, und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung sind an die Kriminalpostdienststelle in der Friedrichstraße 19 zu richten.

Sturz in einen Untergrundbahnschacht. An der Ecke der Müller- und Fennstraße brach gestern vormittag ein Lastwagen mit einem Rade durch den Bohlenbelag des dortigen Untergrundbahnschachtes. Der Wagen legte sich auf die Seite und ein Teil der Ladung, bestehend aus Papierballen, stürzte auf die Straße und stieß die in diesem Moment vorbeigehende Frau Ida Tetzner aus der Fennstraße 58 in den Schacht hinab. Sie trug mehrere leichtere Verletzungen davon, die auf der nächsten Rettungswache verbunden wurden. Der schwere Lastwagen konnte erst mit Hilfe einer Winde der Berliner Straßenbahn wieder flottgemacht werden. Die Verkehrsstörung dauerte etwa ¾ Stunden.

Eine Beschleunigung der Ringbahnzüge wird mit dem Inkrafttreten des neuen Winterfahrplans zur Durchführung gelangen. Die bisherigen Wartezeiten der Züge in Witzleben und Halensee werden im Winterfahrplan abgekürzt werden, so daß die Züge auf der Strecke Westend—Wilmersdorf-Friedenau etwa 5 Minuten Fahrzeit ersparen.

Veränderte Linienführung der 60 und 61. Vom 1. Oktober ab verkehrt die Linie 60 nicht mehr durch die Haupt-, Rhein-, Saar-, Becker-, Rubensstraße, sondern wird von der Hauptstraße ab über die Rubensstraße bis zum Auguste-Viktoria-Krankenhaus geführt; die Linie 61 wird durch die Koburger-, Haupt-, Rhein-, Saar-, Knaus- und Bismarckstraße bis zur Bergstraße in Steglitz verlängert. — Auf den Linien 74, 80 und Q treten neue Fahrpläne in Kraft.

Ueber die Umgebung des Bahnhofs Friedrichstraße hat sich die Akademie des Bauwesens in einem Gutachten dahin ausgesprochen, daß in Anbetracht der Lage eine größere Freifläche auf der Nordseite geschaffen werden müßte. Wenn die Schaffung dieser Freifläche zu hohe Opfer fordern sollte, so wird empfohlen, das in dem Geländedreieck übrig bleibende Grundstück zwischen Spree, Friedrichstraße und Bahnhof zur Erzielung eines wirtschaftlichen Ausgleiches höher als dies sonst üblich ist zu bebauen.

Eine betriebstechnische Wanderausstellung, die von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure im Verein Deutscher Ingenieure zusammengebracht worden ist, gelangt in der Hochschule für bildende Künste in Charlottenburg, Hardenbergstr. 33, zur Aufstellung. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 6 Uhr geöffnet. Der Zutritt ist den Mitgliedern des Vereins Deutscher Ingenieure und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Für Angehörige deutscher Firmen sind Eintrittskarten bei der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure, Berlin NW. 7, Sommerstr. 4a, erhältlich.

Die Besuchszeiten des Museums für Meereskunde haben sich in folgender Weise geändert: Unentgeltlich: Sonntags von 12—3 Uhr, Montags, Mittwochs und Sonnabends von 10—3 Uhr, für Schulklassen nur Dienstags von 10—3 Uhr. Gegen ein Eintrittsgeld von 5 M.: Donnerstags von 10—3 Uhr.

„Die Frau und die Gesellschaft" heißt das Gesamtthema des ersten Verhandlungstages der Frauenbildungstagung der entschiedenen Schulreformer in Berlin-Lankwitz, Gemeindefesthalle. Am 1. Oktober, vormittags 9 Uhr, beginnt der Abschnitt „Volksnot und Frauennot". Anna Siemsen spricht über „Die wirtschaftlich-geistigen Zeitnotwendigkeiten und die Frauenbildung"; Alexander Rüstow über „Die weltgeschichtliche Aufgabe der Frau", Ilse Müller-Oestreich über „Die Erziehung der Frau für wirtschaftliche Funktionen". — In der zweiten Vortragsreihe „Wirtschaftsreform" am Sonnabend nachmittag sprechen Helene Simon über „Beruf und Persönlichkeit", Clara Bohm-Schuch, M. d. R., über „Beruf und Mutterschaft", endlich Irene Witte über „Die Befreiung der berufstätigen Frau durch wirtschaftliche Organisationen". Jedermann ist eingeladen! Karten zu 2 M. für die einzelne Vortragsreihe am Saaleingang.

Im Apollo-Theater gelangt ab 1. Oktober allabendlich die Operette „Frau Luna" von Paul Linke unter persönlicher Leitung des Komponisten zur Aufführung. An den Hauptrollen sind die Herren Oscar Sabo, Martin Kettner, Fritz Steidl, Kurt Niekzwandt und die Damen Else Berns, Fritzi Arco beschäftigt. Das Lustballett Grigolatis ist in neuer Ausstattung ebenfalls verpflichtet worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 30. September:

28. Abt. Abrechnung der Bezirksführer mit dem Abteilungskassierer abends 6 Uhr bei dem Genossen Faak, Prenzlauer Allee 231. Bezirksbücher mitbringen.

Jungsozialisten. Gruppe Norden. 7½ Uhr Gemeindeschule Putbuser Str. 8/9, Vortragsabend. — Gruppe Lichterfelde. 7½ Uhr im Jugendheim Albrechtstraße 14a biologischer Vortrag über: „Das Weltall". Ref. Bernhard Löckel. — Gruppe Hermsdorf. 7½ Uhr im Jugendheim Roonstraße Vortrag: „Die Sozialisierungsvorschläge" von Alfons Horten. — Gruppe Pankow. 7½ Uhr im Jugendheim Breite Str. 32, Diskussionsabend. — Die Mitglieder der übrigen Ortsgruppen beteiligen sich an der Volksversammlung des Bundes entschiedener Schulreformer, abends 7½ Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13.

Morgen, Sonnabend, den 1. Oktober:

16. Abt. Bezirksführer abends von 7—9 Uhr abrechnen bei Wolff, Forster Str. 44.

18. Abt. 7 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes, der Bezirksführer und der Betriebsvertrauensleute im Verkehrslokal bei Thiedtke, Littauer, Ecke Graudenzer Straße.

24. Abt. Achtung Bezirksführer! Bitte zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 5. Oktober, in der Christburger Str. 14, alle Genossen einzuladen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telephon: Mpl. 121 68—10.

Eine Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 2. Oktober, im Lichtenberger Jugendheim, Parkaue 10, mit besonderem Programm statt. Alle schulentlassenen Jugendlichen sind nebst Eltern herzlichst eingeladen.

Heute, Freitag, den 30. September:

Britz. Jugendheim Chausseestr. 148, Rathaus, Vortrag: „Der Mensch der Urzeit bis zum Altertum". — Charlottenburg. Jugendheim Rosinenstr. 4, Vortrag: „Das Geschlechtsleben". — Moabit. Jugendheim Waldenserstr. 21, Zimmer Nr. 12, Vortrag: „Die Zoologie". — Nordost. Jugendheim Realschule Pasteurstraße, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung". — Petersburger Viertel. Jugendheim Schule Straßmannstraße, Vortrag: „Die Entwicklung des Menschen". — Schöneberg II. Jugendheim Schule Frankenstraße, Diskussion: „Letzte Nummer der „Arbeiter-Jugend" und der Führer". — Treptow. Jugendheim Elsenstr. 3, Gemeinsamer Mädchenabend mit den Jungsozialisten. Aussprache über Winterarbeit.

Aus aller Welt.

Eine Mörderbande drang nachts in das Gehöft des Landwirts Wilms in Dorstadt bei Wolfenbüttel ein. Als die Einbrecher bei Durchsuchung der Räume in das Schlafzimmer des Besitzers kamen und dieser erwachte, wurde er durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Auch die aus einem Nebenzimmer herbeieilende Ehefrau wurde mit Schüssen empfangen und schwer getroffen. Als das Dienstmädchen die Lichtanlage einschaltete, flüchtete die Bande. Mehrere Nachbarn, durch den Lärm alarmiert, sandte den Einbrechern Gewehrschüsse nach. Wilms und seine Frau sind schwer verletzt nach einem Krankenhaus gebracht worden. Einer der Täter, der verwundet ist, konnte bereits gefaßt werden. Die übrigen sind entkommen.

Zum Brande des Warenhauses Printemps. Die Feuerwehr war die ganze Nacht hindurch damit beschäftigt, die Trümmer des neuen Gebäudes des „Printemps" unter Wasser zu setzen. Die Menschenansammlungen vor der Unglücksstätte haben vielen Taschendieben ihr Handwerk erleichtert. Eine Reihe von Leuten, die der Feuersbrunst zusahen, sind ihrer Geld- und Handtaschen beraubt worden. Beim Polizeikommissariat sind nicht weniger als 20 Klagen eingelaufen. Die gestohlenen Geldbeträge erreichen eine ziemlich bedeutende Summe. Donnerstag morgen um 5 Uhr ist eine Delegation Londoner Feuerwehrleute eingetroffen, die sich die Methode an Ort und Stelle ansehen wollten, mit der die Pariser Feuerwehr der gewaltigen Feuersbrunst zu Leibe ging. Der Schaden, der durch den Brand angerichtet wurde, wird auf etwa 50 Millionen Franken geschätzt.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Donnerstag, 29. September. Im Wilamowitz-Rennen gelang es Wallenstein, König Midas mit 3 Längen abzufertigen, dem nach Kopf Graf Ferry folgte.

1. Preis von Charlottenburg. 1. Herzenmeister II (Bachmeier), 2. Fischerin (Quade), 3. Prälat (R. Kosina). Tot.: 17 : 10, Platz: 12, 19, 17 : 10. Ferner liefen: Reichard (4.), Scapa, Monika, Ordensritter, Ortrud, Flandern, Henricus, Douschka, Harmonie, Rote, Latona. — 2. Ramonna-Rennen. 1. Casa Bianca (Olejnik), 2. Elda (Zarras), 3. Jugendliebe (Wenzel). Tot.: 25 : 10, Platz: 15, 97, 29 : 10. Ferner liefen: Importe (4.), Morgenstunde, Iser, Galerie, Nordice, Ceres, Mispel, Gravosa. — 3. Wilamowitz-Rennen. 1. Wallenstein (Zimmermann), 2. König Midas (Olejnik), 3. Graf Ferry (O. Schmidt). Tot.: 39 : 10, Platz: 17, 13 : 10. Ferner liefen: Chrysolith (4.), Gallenberg. — 4. Märkischer Ausgleich. 1. Rittersporn (Huguenin), 2. Medusa (O. Schmidt), 3. Nastelbinder (Olejnik). Tot.: 261 : 10, Platz: 81, 40, 29 : 10. Ferner liefen: Reinweiß (4.), Minetra, Pension, Räuberhauptmann, Ulan II, Tannkönig, Hanswurst, Weckruf, Racker. — 5. Ernte-Rennen. 1. Anakreon (O. Schmidt), 2. Geiser (Kaiser), 3. Träumer (G. Janek). Tot.: 96 : 10, Platz: 39, 23 : 10. Ferner liefen: Perikles (4.), Finnländer, Lustibus. — 6. Orelio-Rennen. 1. Wikinger (Jentzsch), 2. Nicotin (Staudinger), 3. Crebo (G. Janek). Tot.: 110 : 10, Platz: 26, 20, 17 : 10. Ferner liefen: Eckehard (4.), Gießbach, Königsadler, Tausendmarknote, Bonifacius, Aventus, Friderieus, Goldersatz, Anjutka. — 7. Le Justicier-Ausgleich. — 1. Ostera (O. Schmidt), 2. Harlekin (Jentzsch), 3. Einhart (Behr). Tot.: 57 : 10, Platz: 17, 17, 16 : 10. Ferner liefen: Kern (4.), Otello, Tawalyd, Angelus, Dalai Lama, Rosmarin.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin. Sonnabend: Zusammenturnen der Altersturner Turnhalle Boeckhstr. 17 (Kottbuser Damm), 7½ Uhr. — Montag: Sitzung aller Turnwarte Schule Niederwallstr. 12, 7½ Uhr. — Mittwoch: Turnratssitzung Schule Niederwallstr. 12, 7 Uhr. — Bezirk Norden. Freitag bis Sonntag: Wanderung beider Knabenabteilungen nach dem Oberbruch. Abfahrt Donnerstag nachmittag 5¼ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — Bezirk Osten. Sonntag: Schauturnen der Knaben Turnhalle Petersburger Str. 4, 3—5 Uhr, der Mädchen Rigaer Str. 8, 3—5 Uhr. — Fußballabteilung. Sonntag in Weißensee, Rennbahngelände, Wettspiel gegen Weißensee. — Bezirk Neukölln. Mittwoch: Vorturnerstunde der Männer und Jugendlichen Turnhalle Boddinstraße.

Wetter bis Sonnabend mittag. Zeitweise heiter, aber ziemlich kühl und veränderlich bei frischen westlichen bis nordwestlichen Winden. Im östlichen Küstengebiet verschiedentlich etwas Regen.

Billige ANGEBOTE

Stoffhandschuhe
Damen-Trikot 2 Druckknöpfe .. 9⁷⁵
Damen-Trikot in Qualität 12⁷⁵
Damen-Schweden Nachahmung. 14⁷⁵
Damen-Schweden Nachahmung, mit farbigem Halbfutter 19⁷⁵

Lederhandschuhe
Damen-Glacé 2 Druckknöpfe .. 39⁷⁵
Damen-Glacé ganz gefüttert .. 49⁷⁵
Damen-Glacé elegante Aufnaht 59⁷⁵
Damen-Schweden ganz gefüttert 69⁷⁵

Herren-Nappa ganz gefüttert, durchgefärbt 69⁷⁵
Herren-Schwed. Lascher, besonders haltbar 69⁷⁵

Herrenartikel
Oberhemden farb., durchgeh. Perkal, mod. Streif., mit Klappmanschetten u. pass. Kragen 92⁵⁰
Oberhemden eparte Streifen, mit Klappmanschetten u. passendem steifen Kragen 98⁵⁰
Oberhemden prima Perkal, mit Klappmanschetten u. 2 passend. weichen Kragen 125⁰⁰
Oberhemden weiß, prima Rumpfloil, Pikee-Falteneinsatz, mit festen Manschetten. 150⁰⁰
Nachthemden gutes Hemdentuch, mit waschechten Besätzen und Taschen 88⁵⁰
Schlafanzüge verschiedene Stoffarten, elegante Ausführung 290⁰⁰
Strickbinder bestes Gewebe, schöne Muster 8⁵⁰ 14⁵⁰
Krawatten offene Form, moderne Streifen und Muster. 18⁵⁰

Schuhwaren
Hochschaftstiefel f. Damen, mit u. ohne Lackkappe 168⁰⁰ 175⁰⁰
Lack-Schnürschuhe für Damen, moderne Form, kurzes Blatt. 198⁰⁰
Lack-Spangenschuhe für Damen 178⁰⁰
Backfischstiefel Grösse 36–39, bequeme Form 175⁰⁰
Herrenstiefel mit Lackkappe, gute Verarbeitung 168⁰⁰
Herrenstiefel Ia Rindbox 188⁰⁰
Umschlagschuhe aus Kamelhaarstoff, für Damen 19⁵⁰
Laschenschuhe aus Kamelhaarstoff, mit Ledersohle, für Damen 24⁷⁵

Herren-Bekleidung
Herren-Anzüge Sakkoform, in verschiedenen Stoffarten .. 490⁰⁰ 690⁰⁰ 975⁰⁰
Winter-Raglans und Ulster, moderne Fassons 590⁰⁰ 685⁰⁰ 975⁰⁰
Gummimäntel weite Schlüpferform 340⁰⁰ 650⁰⁰ 850⁰⁰
Hausjacken mit Schneuteinsatzung und Posamenten 140⁰⁰
Beinkleider gestreift 75⁰⁰ 165⁰⁰ 198⁰⁰
Jünglings-Anzüge gute Qualitäten 450⁰⁰ 525⁰⁰ 690⁰⁰

Am Montag, den 3., und Dienstag, den 4. Oktober, bleiben unsere Geschäfte geschlossen

HERMANN TIETZ

Franzosenfeindliche Kundgebungen in Italien

In der vorigen Woche hatte sich eine französische Militärmission unter Führung des Marschalls Fayolle nach Italien begeben, wo sie die Gräber der Ende 1917 an der Piave und am Montre Tomba gefallenen französischen Soldaten besuchen sollte. Die Mission bestand aus lauter Offizieren und Mannschaften, die selbst an jenen Kämpfen auf italienischem Boden teilgenommen hatten, und deren Mitwirkung nicht unwesentlich dazu beigetragen hatte, die sehr gefährliche deutsch-österreichische Herbst-Offensive im letzten Augenblick aufzuhalten. Marschall Fayolle hatte damals als General das französische Hilfskorps kommandiert. Die Franzosen erwarteten daher einen begeisterten Empfang, zumal einige Wochen früher eine italienische Militärmission die Gräber der auf französischem Boden gefallenen Italiener ebenfalls besucht hatte und sehr freundlich aufgenommen worden war.

Nicht gering war darum das Erstaunen der französischen Delegation, als sie bereits in Turin Gegenstand unfreundlicher Kundgebungen waren, die sich in Mailand wiederholten und in Venedig sogar einen mehr als stürmischen Verlauf nahmen. Die Demonstrationen gingen von nationalistischer Seite aus und waren, wie alles, was die Fascisten unternehmen, gut organisiert. In Venedig gelang es den Demonstranten, den Festzug zu sprengen, die französischen Teilnehmer von den italienischen offiziellen Persönlichkeiten zu isolieren, und während letztere Gegenstand lebhafter Ovationen waren, wurde den ersteren kräftig „Nieder mit Frankreich!" in die Ohren geschrien.

Wir hätten an sich keine Veranlassung, uns mit diesem häuslichen Streit zwischen Alliierten zu befassen, wenn nicht die französische Presse in ihrer durchaus begreiflichen Erregung sich zu der blödsinnigen Behauptung verstiegen hätte, die u. a. im „Figaro" vom Dienstag zu lesen ist, daß diese Kundgebungen eine Frucht der deutschen Propaganda seien.

Ausgerechnet sollen die übernationalistischen Fascisten Agenten der „deutschen Propaganda" sein, dieselben Burschen, die die Sozialisten und Nittianer als „Deutschenfreunde" beschimpfen und verfolgen, die gegen die deutsch-südtiroler Abgeordneten tätlich vorgehen und noch kürzlich von Verona aus jenen bewaffneten Vorstoß in Bozen veranstalteten, bei dem es unter der deutschgesinnten Bevölkerung einen Toten und mehrere Verwundete gab! Abgesehen davon, daß es Gespensterseherei ist, wenn man in Frankreich alle unbequemen Erscheinungen im Ausland auf eine unseres Wissens gar nicht bestehende „deutsche Propaganda" zurückführt, ist in diesem Falle eine solche Unterstellung der reinste Wahnsinn. Der sozialistische „Avanti", der sich übrigens scharf gegen die demonstrierenden Franzosenfeinde wendet, macht darauf aufmerksam, daß es sich um dieselben Radaumacher handelt, die anno 1915 für den Eintritt in den Krieg auf Seiten Frankreichs auf die Straßen gingen: damals aber standen sie im Solde der französischen Botschaft.

Die italienische Presse verurteilt einmütig diese Kundgebungen, die nationalistischen Blätter fügen zur Erklärung hinzu, daß die Stimmung in Italien sehr erbittert gegen Frankreich sei, das die italienischen Ansprüche in der Adria systematisch durchkreuzt habe. Indessen muß betont werden, daß heute die große Mehrheit des italienischen Volkes gegen Frankreich- und besonders gegen die fortwährenden Einmischungen des französischen Botschafters Barrère in die italienische Politik höchst aufgebracht ist. Die Sozialisten und die Anhänger Nittis sind auf Frankreich ebenso schlecht zu sprechen wie die Nationalisten, wenn auch aus anderen Gründen.

Das französische Volk mag also anläßlich dieser bedauerlichen Vorkommnisse darüber nachdenken, wohin die Politik des „nationalen Blockes" es geführt hat. Jene fortschreitende moralische Isolierung, in der sich das früher so umworbene und gefeierte Frankreich befindet, wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß selbst die italienischen Nationalisten, einst die sichersten Exponenten des franzosenfreundlichen Kurses, gerade diejenigen französischen Offiziere und Soldaten beschimpfen, die eigentlich ein besonderes Anrecht auf ihre Dankbarkeit besitzen.

Versagen des Arbeiterschutzes.

Zu diesem Artikel in der letzten Sonntagsnummer schreibt uns ein früherer Betriebsleiter der chemischen Industrie:

Schon 1919 ist die Stolberger Düngerfabrik in Stolberg (Rheinland) in die Luft geflogen, wobei etwa 10 Arbeiter den Tod fanden. Nach Zeitungsmeldungen erfolgte damals die folgenschwere Explosion beim Ausladen eines Waggons Kaliammonsalpeter, der aus Munitionsmaterial — wahrscheinlich von Leverkusen — stammen und von der Stadt Aachen bei der Düngerfabrik eingelagert werden sollte.

Trotzdem die Ursache des Unglücks auch damals im Dunkeln lag, versandte die Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen schon in den ersten Tagen Rundschreiben an die Großabnehmer, daß ihre Salpetersorten explosions- und feuersicher wären. Auch der Verein deutscher Düngerfabrikanten in Hamburg hat sich damals mit dem Stolberger Unglück befaßt.

Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse an den Akten Stolberg. Die Betriebsräte in den chemischen Fabriken müssen erfahren, welche Anordnungen die Sektion Köln der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie zur Verhütung ähnlicher Unglücke getroffen hat. Sind damals Fachleute außerhalb des Anilinkonzerns zur Aufklärung herangezogen worden? K. M.

Das hier ausgesprochene Verlangen ist vollauf berechtigt. Wir fügen nur hinzu, daß die verschiedenen Salpeter, wenn sie nicht chemisch verändert oder mit brennbaren Stoffen gemischt sind, als feuer- oder explosionsgefährlich nicht anzusehen sind. Ob etwa durch hohe Temperatur und starken Druck in Oppau der Salpeter solche Veränderung erfahren hat, wird die fachgemäße Untersuchung aufzuklären haben.

Die Betriebsräte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands haben folgende Resolution gefaßt:

„Die Betriebsräte des Industriebezirks Bitterfeld und die aus anderen Bezirken (Merseburg und Wittenberg) anwesenden Betriebsvertretungen der chemischen Industrie versichern die in Oppau schwer betroffenen Arbeitsbrüder ihrer Anteilnahme und erklären, daß sie mit allem Nachdruck für eine ausreichende und dauernde Sicherstellung der Zukunft der Hinterbliebenen und Verletzten eintreten werden. Die Versammelten fordern von den zuständigen Regierungsstellen und gesetzgebenden Körperschaften, daß

sofort eingehende Untersuchungen

der Werke der chemischen Industrie vorgenommen werden, deren Fabrikationsverfahren Gefahren für die dort Beschäftigten und die Anwohner in sich birgt. Es wird gefordert, daß zu diesen Untersuchungen außer den Vertretern der Regierung oder zuständigen Regierungsstellen Vertreter der Gewerkschaften und Betriebsräte hinzugezogen werden. Die Notwendigkeit der Wahrung des Fabrikationsgeheimnisses wird auch von den Versammelten anerkannt. Die Ueberwachungen der Werke müssen dauernd erfolgen und die Betriebsräte sind in stärkerem Maße wie bisher an der Betriebsüberwachung im Sinne der Unfall- und Gefahrenverhütung zu beteiligen.

Infolge des Akkord- und Prämiensystems können die Arbeiten in den chemischen Betrieben nicht mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit ausgeführt werden. Es wird gefordert, daß ADGB. und Afa-Bund sofort versuchen, Verhandlungen einzuleiten, um die Akkordarbeit und das Prämiensystem in der Chemie auszuschalten und damit deren unheilvollen Einfluß auf die Betriebssicherheit zu beseitigen."

Stellungnahme zum Parteitag.

Sieg der Opposition in Berlin.

Im überfüllten Saale des Kriegervereinshauses nahmen gestern die Berliner Funktionäre Stellung zu dem Beschluß des Görlitzer Parteitages zur Regierungsbildung. Der Bezirksvorstand hatte die Genossen Franz Krüger und Ströbel, die gegensätzliche Standpunkte vertreten, als Referenten gewonnen. Genosse **Krüger** führte als erster Redner etwa folgendes aus:

„Der Görlitzer Parteitag war die Heerschau einer Partei von 1½ Millionen Mitglieder, die bei den Wahlen 6 Millionen Wähler mustern konnte. Dieser Größe entsprach auch das Interesse, das der Tagung von allen Seiten entgegengebracht wurde. Es war einer der erhabensten Momente des Parteitages, als sich der Genosse de Brouckère, der die Grüße des belgischen Proletariats überbracht hatte, und Genosse Wels die Hand reichten. Da mußte man, daß das Band, das der Krieg gerissen hatte, nun wieder geknüpft ist.

Auf diesem Parteitag kam das stolze Selbstbewußtsein der Partei auch zum Ausdruck, als der Antrag angenommen wurde,

ein Abzeichen der Partei und der Republik

zu tragen. Wir haben früher darüber gelacht, aber wir glauben, daß dieses offene Zurschautragen der eigenen Gesinnung auf die Gegner dämpfend wirken wird, wenn sie sehen, wie groß die Anhängerzahl der Republik und der Sozialdemokratie ist.

Es wäre für die Partei kein erfreulicher Zustand gewesen, wenn unser Handeln mit unserem Programm nicht in Uebereinstimmung gebracht worden wäre. Die neu eingesetzte Programmkommission hatte gegen wenige Stimmen sich auf einen Programmentwurf geeinigt. Dieser Entwurf ist mit allen gegen 5 Stimmen vom Parteitag angenommen worden. Wir können heute kein Programm schaffen, das für die Ewigkeit Geltung haben könnte. (Sehr richtig!) Wir sind in unserem Handeln abhängig von Mächten, die außerhalb Deutschlands liegen. Man kann über das Programm verschiedener Meinung sein, aber die Tatsache der fast einstimmigen Annahme läßt doch wohl die Behauptung gerechtfertigt erscheinen, daß das Programm nicht so schlecht sein kann.

Es gibt niemand in unserer Partei, der

die Einigung mit den Unabhängigen

nicht wünschte. Durch Reden wird die Einigung nicht herbeigeführt. Noch vor kurzem hat die „Freiheit" erklärt, daß von einer Einigung mit uns erst geredet werden könnte, wenn wir von unserer Koalitionspolitik ablassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Aber die Unabhängigen haben sich dauernd gewandelt. Ich erinnere nur daran, daß Breitscheid in Paris die Unterstützung der Regierung Wirth als „notwendiges Erfordernis" hingestellt hat. **An den Unabhängigen liegt es, die Einigung herbeizuführen.** Nicht so wird sie kommen, wie Crispien wenige Tage vor dem Parteitag in einer öffentlichen Versammlung erklärt hat, nachdem die Arbeiterschaft die Macht übernommen hat, sondern im Gegenteil, wir brauchen die Einigkeit, um zur Macht gelangen zu können. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei der

Frage der Regierungsbildung

handelt es sich darum, daß die demokratische Republik nicht unbestritten ist, und daß um die Republik, die die Hauptstütze des Weltfriedens ist, ein harter Kampf geführt werden muß. Nur die deutsche demokratische Republik ist die Gewähr dafür, daß der Versailler Frieden revidiert wird. Die Sozialdemokratie muß Einfluß auf die Regierung gewinnen, wenn die bisherigen Errungenschaften erhalten bleiben sollen. Wenn wir in eine Regierung hineingehen sollen, müssen wir uns aber fragen,

welche Garantien uns geboten werden,

um einen wirklichen Einfluß auf die Regierung zu erhalten. Wir wissen, daß die regierenden Parteien sich noch dadurch einen besonderen Einfluß verschaffen, daß sie die Machtmittel des Staates gebrauchen können. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ist nicht die Entwicklung in Bayern ein Schulbeispiel für diese Behauptung? (Sehr richtig!) Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie sind die staatlichen Machtmittel zu einseitigen Zwecken der Reaktion gebraucht worden, die Polizei und die Verwaltung wurden zum Tummelplatz der Reaktion. (Zwischenruf: „Wie in Preußen!") Dort haben die Hakenkreuzler Unterschlupf gefunden, dort haben sich die Organisationen Escherich usw. gebildet. Wir wissen, daß der Schuß auf Erzberger in München vorbereitet wurde. (Zustimmung.) Wir sehen, daß in Preußen die republikanischen Elemente aus der Verwaltung herausgedrängt werden.

Was haben wir erlebt, als die Reichsregierung besondere Maßnahmen zum Schutze der Republik traf? Wir haben es erlebt, daß Bayern sich gegen diese Maßnahmen wehrte, und es konnte sich nur darum solange dagegen wehren, weil sich

die bürgerliche preußische Regierung

auf die Seite Bayerns stellte. Wenn die Kahr-Regierung gestürzt, wenn Pöhner verschwunden ist, so ist das nur dem Umstande zu verdanken, daß sich die Aktion der Arbeiterschaft in der Reichsregierung, wo auch unsere Vertreter sitzen, auswirken konnte. Genossen, die Deutsche Volkspartei hat den Antrag gestellt, daß die Maßnahmen der Reichsregierung aufgehoben werden mögen. Und wir erleben nun, daß die Unabhängigen für diesen Antrag stimmen werden. Bei den Kommunisten ist das Selbstverständlich. So wird die Deutsche Volkspartei durch diese Politik der Unabhängigen die machtvollste Partei im Reichstage sein.

Der Genosse Wels hat in Görlitz erklärt, daß die gesamte Arbeiterschaft bei einem Vorgehen der bayerischen Arbeiterschaft diese gegen die Reaktion unterstützen werde. (Bravo!) Aber darauf allein kann man sich nicht verlassen. So einfach, wie sich viele das vorstellen, ist es doch nicht, in die preußische Regierung hineinzukommen. Wodurch ist die Frage der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung aufgeworfen worden? Dadurch, daß

die Unabhängigen es ablehnten, mit uns in die Reichsregierung einzutreten. (Lebh. Zustimmung.)

Dadurch ist die Forderung der Homogenität der preußischen Regierung mit der Reichsregierung hervorgerufen worden.

Die Unabhängigen haben ihre Stellung zur Regierung ebenfalls geändert. Sie stützen die Regierung Wirth durch eine wohlwollende Neutralität. Die „Freiheit" hat gefordert, daß im Falle der Gefahr Sozialdemokraten in die Regierung hineingehen müßten. Also müßten die Sozialdemokraten wieder hinausgehen, wenn die Gefahr beseitigt ist? So kann man keine Politik treiben.

Was hat sich nun bei der Deutschen Volkspartei geändert? (Lebhaftes: „Gar nichts", Widerspruch.) Die Frage ist zu ernst, als daß man da mit einem Worte darüber hinweggehen kann. (Bravo.) Die Genossen, die gegen eine eventuelle Koalition mit der Deutschen Volkspartei sind, haben nicht sie gerade immer gefordert, daß wir uns mit den Unabhängigen und den Kommunisten verbinden sollen, obwohl wir auch nicht wissen, wie weit sie es ehrlich meinen. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Was unterscheidet nun den Görlitzer Beschluß von dem Kasseler? (Zwischenrufe: Gar nichts!)

Der Görlitzer Beschluß

enthält die Kasseler Bedingungen und noch einige andere dazu. Es heißt im Kasseler Beschluß, daß wir mit allen Parteien zusammen arbeiten wollen, die sich bereit erklären, die demokratische Republik zu schützen. Solange die Deutsche Volkspartei monarchistische Propaganda treibt, solange sie die Verwaltung sabotiert, solange man nicht erkennt, daß sie eine ehrliche republikanische Politik treibt, denken wir nicht daran, mit ihr zusammen zu arbeiten,

dann kann sie uns gestohlen bleiben.

(Lebhafter Beifall.) Aus einem Artikel Kautskys geht hervor, daß dieser alte Kämpfer ähnliche Bedingungen fordert, wie wir in Görlitz gefordert haben. Hätten die Unabhängigen schon früher, einige Wochen vor dem Parteitag, solche Ansichten geäußert, hätten wir uns in Görlitz über diese Frage nicht den Kopf zerbrechen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Einheitsfront im Lustgarten allein nützt nichts, man muß auch die staatlichen Machtmittel zu gebrauchen verstehen. Ich habe auf dem Parteitag sehr eindringlich betont, daß die Unabhängigen ihren Standpunkt zur Regierungsbildung revidieren sollen, dann trennt uns nichts. Deutlicher und ehrlicher kann man nicht sprechen. Der Görlitzer Beschluß entspricht durchaus dem Beschluß des letzten Berliner Bezirkstages. (Sehr richtig!)

Es handelt sich für uns heute darum, ob wir in Ruhe abwarten, bis wir in die Regierung kommen, oder können wir alles auf die eine Karte des Bürgerkrieges setzen? Ich habe das Vertrauen zur Arbeiterklasse, daß sie ihre Genossen in der Regierung nicht im Stiche lassen wird, und ich erwarte, daß die deutsche Arbeiterschaft den

Görlitzer Beschluß, der einen Fortschritt darstellt,

auf dem Wege zur Macht, billigen wird. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Ströbel** führte aus, daß das Parteiprogramm an einer geradezu erschreckenden Ideen- und Ratlosigkeit leide. Die Frage der Sozialisierung ist von der SPD. sowohl wie auch von der USPD. nicht genügend geläutert worden. Ich habe in achtmonatiger Beschäftigung mit der Wohnungsfrage gefunden, daß nicht die alten führenden Parteigenossen, sondern daß gerade die Gelehrten und jüngere Schriftsteller hier bahnbrechend vorangegangen sind.

Die Sozialisierung

hätte in den Mittelpunkt des Programms gestellt werden müssen. (Lebhafter Beifall.) Da das nicht geschehen ist, so wäre es besser gewesen, die endgültige Formulierung des Programms noch um ein Jahr hinauszuschieben. Im Programm wird nur von der Einführung der Gemeinwirtschaft, nicht aber von der Sozialisierung gesprochen. Genosse Stampfer hat mir auf dem Parteitage vorgeworfen, daß ich wohl viel geredet, aber keine positiven Vorschläge gemacht habe. (Stampfer ruft: Sehr richtig!) Parteigenossen, ich hoffe, daß mir Gelegenheit gegeben wird, meinen Vorschlag im „Vorwärts" bekanntzugeben. (Bravo!) Ströbel verliest den Teil seines Entwurfes, der die Sozialisierung behandelt und in dem es zum Schluß heißt, daß, solange die sozialistische Wirtschaft noch nicht verwirklicht ist, das Gebaren der Kartelle und Trusts staatlich kontrolliert werden müsse. Gen. Krüger hat gesagt, daß man

durch Reden eine Einigung

herbeiführen könne. Das ist auch meine Meinung. Aber durch eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei fördert man die Einigung gewiß nicht. (Zustimmung.) Gewiß haben die Unabhängigen durch ihre Ablehnung der Koalitionspolitik einen schweren Fehler gemacht; aber sie haben sich doch geändert. Henke hat letzthin verlangt, daß die USP. ebenfalls in die Koalitionsregierung eintritt. Die Rede Crispiens in Görlitz war eine große Torheit; aber wenn man die Splitter in den Augen der Unabhängigen sieht, warum sieht man denn nicht den Balken im Auge der Deutschen Volkspartei? (Lebhafter Beifall.) Stinnes ist einer unserer gefährlichsten Gegner. Unser Genosse, der Steiger Werner, hat erklärt, daß Stinnes Arbeiter nur darum in Beamtenstellen setze, um so willigere Kräfte zu erhalten. Der christliche Gewerkschafter Baltrusch hat erklärt, daß Stinnes gewohnt sei, über Leichen zu gehen. Severing hat in Görlitz gesagt, warum sollen wir nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen, wo wir uns doch mit dem Zentrum koaliert haben, dem doch auch Thyssen angehört. Das ist eine ganz schiefe Fragestellung. Wir koalierten uns nur mit dem Zentrum, weil in ihm eine große Zahl von Proletariern organisiert ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir uns, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mit bürgerlichen Parteien verbinden, muß man sie sich sehr genau ansehen. (Zwischenruf: Das will man ja auch!) Glaubt man, die sozialistischen Regierungen, die wir ja auch in Deutschland haben, dadurch zu stützen, daß man sich mit der Deutschen Volkspartei verbindet? Krüger sagte mit Recht, daß jede Partei ihre besonderen Ziele in der Regierung verfolge. Die Deutsche Volkspartei wird das gewiß tun. Wir müssen den

Massenwillen mobilisieren.

Das agitatorische Material, die Anklagen gegen das Kapital, sind nicht genügend bekannt gemacht und ausgenutzt worden. Mögen doch einmal Zentrum und Demokraten in Gemeinschaft mit den Volksparteilern versuchen, gegen den Massenwillen zu handeln. Es wird ihnen durch die Macht der Arbeiterschaft unmöglich werden. Wenn man das weiß, dann soll man nicht Angst haben vor der eigenen Courage und soll seine Bedingungen stellen: keine Verbreiterung nach rechts, höchstens nach links. (Lebhafter Beifall.) Man hätte den bürgerlichen Parteien nie zu erkennen geben dürfen, daß man zum Entgegenkommen bereit wäre. Glaubt jemand, daß eine Regierung, an der die Deutsche Volkspartei beteiligt ist, zur Erfassung der Goldwerte schreiten würde? (Lebhafte Rufe: Nie! nein, nein!) Alle weitgehenden Forderungen auf steuerlichem Gebiete würden verschwinden. (Sehr richtig!) Das wären die Bedingungen der Volkspartei, und ich fürchte, daß die Partei noch einmal durch das kaudinische Joch gehen wird. Ich verkenne durchaus nicht, daß trotzdem eine

Koalierung mit der Deutschen Volkspartei einige Vorteile

bringen kann. Aber es hat sich schon in Gemeinschaft mit dem Zentrum und Demokraten wenig durchsetzen lassen; wenn der Bremsklotz der Volkspartei dazukommt, wird noch weniger erreicht werden. Aber diese geringfügigen Vorteile werden den Schaden, der der Arbeiterbewegung zugefügt wird, nicht wettmachen können. (Lebhafte Zustimmung.) Kann man sich im Hinblick auf den wahnsinnigen Luxus der alten und neuen Reichen und das Elend auf der anderen Seite darüber wundern, daß sich den Kommunisten die Massen zuwenden? Das Ausland wird begreifen, daß in Deutschland nur eine demokratische Politik getrieben werden kann, nicht aber die Politik der kleinen Mittelchen, wie sie die Volkspartei empfiehlt. Genosse Krüger hat erklärt, daß uns die Deutsche Volkspartei gestohlen bleiben könne, wenn sie die Bedingungen nicht annehme. Aber wenn auch die Deutsche Volkspartei die Bedingungen nicht angenommen hat, so berichten doch heutige Abendblätter von weiteren Koalitionsverhandlungen. (Krüger: Das ist aber falsch, wenn es auch WTB. verbreitet hat. — Lebhaftes Bravo!)

Der Deutschen Volkspartei gegenüber ist Mißtrauen die demokratischste Tugend. Wir haben

Mißtrauen gegen diese Partei,

auch wenn sie die Bedingungen unterschreibt. Wir müssen auch einmal den Mut haben, zu erklären: Bis hierher und nicht weiter. (Lebhafter, sich wiederholender Beifall und große Unruhe.)

Nach Wiederherstellung der Ruhe gibt Genosse Lehmann eine größere Anzahl Resolutionen bekannt, die gegen die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei Stellung nehmen und zum Teil fordern, daß mit der USP. in Verhandlung getreten werde, um zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen.

Ein Antrag, die Redner für und gegen den Görlitzer Beschluß zur Regierungsbildung abwechseln zu lassen, wird abgelehnt.

Ueber die Diskussion, die erst in später Stunde einsetzte und bei Schluß des Blattes noch andauerte, berichten wir in der heutigen Abendausgabe.

Zur Annahme gelangte mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution der Sieglitzer Genossen, die eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei scharf ablehnt.

Eine Resolution Stampfer-Heinig, die den Görlitzer Beschluß grundsätzlich anerkennt, und im übrigen dem Parteivorstand freie Hand geben will, wurde mit Dreifünftelmehrheit abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung

Delegierten-Generalversammlung der Bauarbeiter.

Kommunistische Pöbeleien.

In der Delegierten-Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, erstattete Kollege Thöns Bericht über den Gang der Lohnverhandlungen. Er führte etwa folgendes aus: Zunächst wurde seitens der Unternehmer die Zulassung der Akkordarbeit beantragt und eine Erweiterung der Spanne zwischen den Löhnen der gelernten und ungelernten Arbeiter gefordert. Da die Akkordarbeit in Berlin während dieser Vertragsperiode für Maurer und Bauhilfsarbeiter verboten ist, mußte die Erörterung der Frage der Akkordarbeit als gegenwärtig unzulässig bezeichnet werden und hatten sich die Unternehmer einstweilen damit abzufinden. Bezüglich der Lohnsätze und einer Erweiterung der Spanne wurde heftig gestritten. Schließlich erklärten sich die Unternehmer bereit, eine Lohnerhöhung von 1,50 Mark pro Stunde für alle im Hoch- und Betonbau beschäftigten Arbeitergruppen zu gewähren und ihrer Kollegenschaft gegenüber zu vertreten. Dadurch kommen alle Zulagen in Fortfall, die außerhalb des Tarifvertrages und ohne Genehmigung der Schlichtungskommission bisher gewährt worden sind, soweit der Wochenbetrag dieser Zulagen den Betrag von 70,50 Mark nicht übersteigt. In den Fällen, in denen der Wochenbetrag der Zulagen größer ist als der Wochenbeitrag der Lohnerhöhung, soll in Zukunft nur der 70,50 Mark übersteigende Betrag fortgezahlt werden. Namens des Vereinsvorstandes empfahl Kollege Thöns die Annahme des Resultats.

Nach einer lebhaften Diskussion stimmte die Versammlung dem Lohnabkommen zu. Auch hat der Verband der Baugeschäfte dem Lohnabkommen zugestimmt, und gilt die Vereinbarung ab 23. September 1921.

Für die Opfer der Explosionskatastrophe in Oppau bewilligte die Versammlung, auf Vorschlag des Vereinsvorstandes, aus Lokalmitteln 10 000 M.

Zu stürmischen Auseinandersetzungen kam es, als der Versammlungsleiter über einen von kommunistischer Seite wiederholt eingebrachten Antrag: für die „Rote Hilfe" aus Lokalmitteln ebenfalls 10 000 M. zu bewilligen, eine Abstimmung nicht zuließ. (Der Karlsruher Verbandstag hat ja bekanntlich beschlossen, daß politischen Parteien keine Verbandsgelder zugeführt werden dürfen. Dieser Beschluß hat seine Ursachen in der politischen Zersplitterung der Arbeiterklasse.) Die Gelegenheit benützte Kollege W. Hoppe, die Geschäftsführung des Vereinsvorstandes zu tadeln, indem er auf eine am 13. September stattgefundene Sitzung hinwies, über die die „Rote Fahne" vom 28. September unter dem Titel: „Sonderkonferenz im Bauarbeiterverband" in entstellter Form berichtet. Hoppe erklärte, daß der Vereinsvorstand mit den Unternehmern Hand in Hand über alle Maßnahmen, die gegen die Kommunisten unternommen werden, gemeinsam berate. Als der Vereinsvorsitzende diese lügenhaften Anpöbelungen zurückweisen wollte, wurde er von den Radauhelden wiederholt unterbrochen und schließlich am Weiterreden verhindert, so daß sich der Versammlungsleiter veranlaßt sah, die Versammlung zu schließen. Hoppe, als Unberufener, ließ dann über die in der „Roten Fahne" abgedruckte Entschließung von seinen Parteianhängern abstimmen. Dasselbe Schauspiel wurde dann am Montag, den 26. September, in der Baudelegierten-Versammlung wiederholt. Ueber die Ursachen der am 13. September stattgefundenen Sitzung werden die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes an anderer Stelle unterrichtet werden.

Die „Erklärung" Kaisers ist genau so zu bewerten wie all die unzähligen Aeußerungen von jener Seite, die mit der Wahrheit nicht viel zu tun haben; denn die Spatzen pfeifen es auf den Bauten von den Dächern, von welcher Seite die wilden Baukesperren inszeniert werden sind. Unter die andere verleumderische Behauptung: Der Verband wollte verhindern, daß Kaiser bei den Berliner Unternehmern wieder beschäftigt wird, setzen wir das Motto: „Was ich denk' und tu, trau' ich andern zu." Sie kennzeichnet lediglich die gemeine Gesinnung derjenigen, die solche Behauptung aufstellen. Es scheint aber, daß Kaiser es mit der Annahme von produktiver Beschäftigung nicht allzu eilig hat, denn sonst hätte er bei dem allgemein bekannten Mangel an Baufacharbeitern längst Unterschlupf gefunden. Wir sind so neugierig, daß wir die Frage aufwerfen, von wo wohl die Geldmittel für die „qualifizierte Arbeit" eines Kaiser kommen mögen?

Streik im Schuhmachergewerbe?

Eine überfüllte Versammlung der Schoß- und Reparaturschuhmacher tagte am Mittwoch abend im „Englischen Hof", um zur schwebenden Lohnfrage Stellung zu nehmen.

Der Branchenleiter Schüler berichtete namens der Tarifkommission über die mit den Arbeitgeberorganisationen gepflogenen Verhandlungen. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, einen Minimallohntarif abzuschließen ab 1. Oktober und machten folgende Zugeständnisse: Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter 6,75 M., für weibliche 5,25 M. in mechanischen und 9,50 M. resp. 6 M. in anderen Betrieben. Bei § 3: Lieferung der Werkzeuge, wurden 1 M. statt der geforderten 3 M. bewilligt für Arbeiter, die eigenes Werkzeug besitzen. Bei den Akkordlöhnen wurde ein Teuerungszuschlag für Neuarbeiter von 35 Proz. und für Reparaturen von 25 Proz. bewilligt. Gefordert wurden 40 Proz. Ferien sollen die Arbeiter nach 12 Monaten 9 Tage bei einer Entschädigung von 200 M. erhalten. In der anschließenden Aussprache war die Stimmung entschieden dafür, nötigenfalls den Kampf für die dringend erforderliche Lohnerhöhung mit allen Mitteln aufzunehmen. Alle Redner lehnten das Angebot der Arbeitgeber ab. Einige plädierten für sofortigen Streik. Dem wurde entgegengehalten, daß noch nicht alle Mittel erschöpft sind, um zu einer Einigung zu gelangen. In der Abstimmung wurde das Angebot der Innung einstimmig abgelehnt. Dagegen fand ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag Annahme, sofort den Schlichtungsausschuß anzurufen und mit den Arbeitgebern in neue Verhandlungen einzutreten.

Die Arbeitnehmer sind trotz ihrer elenden Lage bereit, einen Kampf zu vermeiden; das bewies die Versammlung. Nun liegt es an den Arbeitgebern, einen Streik zu vermeiden. Sollte dieser Appell nicht auf fruchtbaren Boden fallen, dann sind die Kollegen entschlossen, ihre berechtigten Forderungen mit einem Streik zu erzwingen.

Klein aber oho!

Etwa 90 Proz. der Meiereien sind Kleinbetriebe. Das ist auch einer der Gründe, weshalb es der freien Gewerkschaft der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten bisher nicht möglich war, in allen Meiereien festen Fuß zu fassen. Die Folgen sind schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit. So werden beispielsweise in Hessen einem erwachsenen Arbeiter laut Tarif 390 M. gezahlt für 10stündige Arbeitszeit (auch Sonntags wird gearbeitet). Aber warum in die Ferne schweifen.... Der Betrieb des Herrn Brauer, Oberschöneweide, Marienstr. 14, kann — ganz besonders was die Arbeitszeit anbetrifft — eine erfolgreiche Konkurrenz mit den hessischen Betrieben aufnehmen. Wurde doch hier in diesem Sommer 14 Stunden und noch länger gearbeitet. Der Betriebsinhaber erkennt die Organisation oder den Betriebsobmann nicht an, den leisesten Widerspruch bezeichnet er als „Gehorsamsverweigerung". Sein jetziges absolutes Königreich mit sieben Untertanen, die durch die schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit recht rebellisch geworden sind, ist für seine Talente entschieden zu klein. Wir halten es für unsere Pflicht, auf dieses Genie die interessierten Kreise wie — Gewerbepolizei, Arbeiterkonsumenten usw. — aufmerksam zu machen. Aber auch dem Milchamt gegenüber wollen wir das Licht besagten Herrn nicht unter den Scheffel stellen. Das Milchamt hat nämlich nicht nur die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß den Herren Molkereibesitzern die Preisspanne für jeden zugemiesenen Liter Milch ausgezahlt wird, sondern und vor allen Dingen, daß die Milchbelieferung der Groß-Berliner Bevölkerung prompt vonstatten geht. Und wenn nun so ein angehender Pascha die Arbeitnehmer nicht nur schlecht bezahlt und über die zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigt, sondern auch diejenigen, die daran etwas auszusetzen haben, mitsamt dem Betriebsobmann, der dagegen pflichtgemäß protestiert, entläßt, so ergibt es sich von selbst, daß hier das Milchamt, um unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, im Interesse der konsumierenden Bevölkerung eingreifen muß.

Verschärfung der Lage im Gastwirtsgewerbe.

Bei den gestrigen Verhandlungen erklärten sich die Arbeitnehmer bereit, auf Grund des am 23. September ergangenen Schiedsspruchs zu verhandeln. Die Arbeitgeberkommission gab dagegen nach längerer Sonderberatung die Erklärung ab, daß sie die heute fallende Entscheidung ihrer Mitgliederversammlungen abwarten werde, diesen aber nicht empfehlen könne, auf der Grundlage des bisherigen Entlohnungssystems weiter zu verhandeln. Darauf stellten die Arbeitnehmer ein Ultimatum, das sie ihrer heute stattfindenden sechs Nachtversammlungen wegen auf heute abend 9 Uhr befristeten. Bei dem völligen Mangel an Entgegenkommen seitens der Wirte und Hotelbesitzer und angesichts der von ihnen ausgesprochenen Massenkündigungen ist für Sonnabend mit einer umfassenden Arbeitseinstellung zu rechnen.

Der Kost- und Logiszwang im Gastwirtsgewerbe soll in dem gegenwärtigen Lohnkampfe mißbraucht werden. In einer Sitzung des Vereins der Kaffeehausbesitzer drohte der Vorsitzende George Ansbach: Sollte das Küchen- und Hilfspersonal, soweit es in Kost und Logis steht, etwa in einen Sympathiestreik eintreten, so sei ihm sofort die Wohnung zu entziehen, unbekümmert um das Wohnungsamt. Die Berechtigung eines solchen Vorgehens sei in Köln gerichtlich anerkannt worden. Um so mehr wäre es an der Zeit, solange der Kost- und Logiszwang nicht vollends beseitigt ist, die ihm unterworfenen Arbeiter und Arbeiterinnen davor zu schützen, daß sie aus irgendeinem Anlaß einfach auf die Straße gesetzt werden können und beim Austritt aus einer Stellung sofort obdachlos sind. Ist dies schon für Arbeiter unangenehm, so weit schlimmer für das weibliche Personal. Gründliche Abhilfe kann nur geschaffen werden durch gänzliche Beseitigung des mit dem Arbeitsverhältnis verkoppelten Zwanges, beim Arbeitgeber Kost und Logis zu nehmen — wie es ist.

Ein Schiedsspruch für die Wach- und Schließangestellten wurde am 27. September vom Schlichtungsausschuß abgegeben. Obwohl der Schiedsspruch den Wünschen der Wächter nicht entspricht, haben die Funktionäre beschlossen, demselben zuzustimmen. Er sieht Lohnsätze vor von 1040 M. für Separatwächter und 1100 M. für Revierwächter. Die Entscheidung liegt bei der Vollversammlung der Branche, die am Sonnabend beschließt. Die folgenden Gesellschaften haben den Schiedsspruch bereits anerkannt: Berliner Wachgesellschaft, Friedrichstr. 61, die Nachtwachgesellschaft, Charlottenburg und die Wachgesellschaft Inspektion Oberspree.

Zentralverband der Glaser, Zahlstelle Berlin. Ab 26. September ist auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 1,30 M. pro Stunde zu zahlen. Der Mindestlohn beträgt demnach 9,30 M. Wo dieser Lohn am Sonnabend nicht gezahlt wird, ist dies sofort auf dem Bureau zu melden. — Montag abend 7 Uhr: Vertrauensmännersitzung bei Lehmann, Engelufer. Von der 40. Woche ab ist der Beitrag laut Versammlungsbeschluß auf 7 M. pro Woche festgesetzt. Die Vertrauensmänner werden ersucht, die alten Marken nur bis mit 39. Woche zu verwenden. Die Ortsverwaltung.

Buchbinderei-Werkmeister. In einer gemeinsamen Tarifkommissionssitzung wurden folgende Gehälter für Werkmeister festgelegt:

September und Oktober		November und Dezember	
Werkmeister 1850.—	Ledige 50.— weniger	Werkmeister 2000.—	Ledige 100.— weniger
Obermeister 1950.—		Obermeister 2100.—	
Untermeister 1750.—		Untermeister 1900.—	

Außerdem werden für Monat September noch 53 Mark als letztes Drittel für Juni nachgezahlt. Die Tarifkommission.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Erfurt wurde gestern vom Verband thüringischer Metallindustrieller verkündet, da die Streikenden am Mittwoch nicht — wie befohlen — die Arbeit wieder aufnahmen.

In den sächsisch-thüringischen Webereien ist der Streik beendet. In den Färbereien soll die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen werden.

Die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten nähert sich, wie der „Daily Telegraph" aus New York meldet, mit großen Schritten. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem furchtbaren Kampf kommen werde, darunter zum Streik der Eisenbahner, Bergleute und anderen Arbeiter oder zu einer Regelung im guten und zur Annahme der Lohnverminderungen durch die Arbeiterschaft. Ueber die Stimmung der Eisenbahner haben wir bereits berichtet.

Zweifelsfragen auf dem Gebiete des neuen Arbeitsrechts werden in eingehender Weise in dem jetzt bereits im 3. Jahrgang erscheinenden „Mitteilungsblatt des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin", Geschäftsstelle: Berlin N. 39, Scharnhorststraße 23, behandelt.

Durch die Veröffentlichung wichtiger grundsätzlicher Entscheidungen und Schiedssprüche, wie auch von Auslegungen unklarer Gesetzesvorschriften bietet das Mitteilungsblatt allen am Schlichtungswesen Beteiligten in unparteilicher und objektiver Form reiches Quellenmaterial. — Erstaufsätze aus der Feder bekannter Arbeitsrechtler vervollkommnen den Inhalt und gestalten das Mitteilungsblatt zu einem führenden Organ auf dem Gebiete des Schlichtungswesens für den Groß-Berliner Wirtschaftsbezirk.

Gastwirtschaftliche Angestellte. Heute nacht 1 Uhr sechs öffentliche Versammlungen: Haberlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35; Arminhallen, Kommandantenstraße 58; Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97; Residenz-Festsäle, Landsberger Str. 51; Auguste-Viktoria-Säle, Lutherstr. N. 32; Blüthner-Saal, Lützowstr. 76. Stellungnahme zum Schiedsspruch. Bericht über den Stand der neuen Tarifverhandlungen. Unsere Maßnahmen zu den angedrohten Aussperrungen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Heute abend 7 Uhr im „Alexanderpier", Alexandrinenstr. 5a, Oeffentliche Versammlung aller in der Gesundheitsindustrie beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten. Stellungnahme zur Ablehnung von Verhandlungen über die geforderte Gehaltszulage.

Musikinstrumentenarbeiter! Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute aller Betriebe Sonnabend nachmittag 2½ Uhr im „Reichenberger Hof", Reichenberger Str. 147. Mitgliedsbuch, Vertrauensmännerkarte legitimiert. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Die Branchenleitung.

Transportarbeiter-Verband, Gruppe Dungkutscher. Sonnabend 4 Uhr im Lokal von Fenfara, Melchiorstr. 15, Versammlung. Bericht über die neue Lohnforderung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Frisch und gesund erhält man den Körper durch täglichen Gebrauch der als beste hygienische Toilettenseife ärztlich empfohlenen **Myrrholin-Seife**

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise **Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudtenstraße 20–21.

Billige Lebensmittel

Krammetsvögel St. 2.50
Krickenten . . . Stück 12.50

Wild u. Geflügel, Käse
Tauben junge . . . Stück 6.50 8.50
Gänse junge . . . . . Pfund 14.50
Gänseklein mit Magen 16.50
Gänsefleisch (Keul., Brust-stücke) Pfund 16.50
Rebhühner große . Stück 16.75
Hirschfleisch . . . Pfund 6.80
Hirschblatt . . . . . Pfund 12.50
Hirschkeule u. Rücken Pfund 16.80
Kräuterkäse . . . . Stück 2.50
Landkäse große . . . Stück 3.75
Camembertkäse Stück 3.00
Rahmkäse . . . . . Stück 4.50
Schichtkäse . . . Stück 6.50
Weichkäse (Neufchateller Art) . . . Pfund 6.60
Harzer- u. Spitzkäse Pfd. 9.50
Tilsiterkäse . . . . Pfund 13 M
Goudakäse dän. . . Pfund 14.50
Pflaumenmus Zucker-gesüßt Pfd. 5.20
Zwelfr.-Marmelade Pfd. 5.20

Obst und Gemüse
Winterkartoffeln Pfd. 65 Pf.
Spinat (frischer) . . . . Pfund 90 Pf.
Weißkohl (feste Köpfe) Pfd. 80 Pf.
Wirsingkohl . . . Pfund 95 Pf.
Rotkohl Holländ. . . . Pfund 1.10
Rhabarber . . . . . Pfund 40 Pf.
Zwiebeln (Dauer-Ware) Pfd. 80 Pf.
Koch-Birnen (große) Pfd. 1.10
Eßbirnen Beerblanc . Pfund 1.60
Birnen Bergamott . . . Pfund 1.40
Tomaten (runde) . . Pfund 1.20
Kurtrauben blaue . Pfund 6.50

Kolonialwaren
Nudeln Schnitt- u. Facon- Pfd. 7 M
Bruchreis . . . . . Pfund 3.80
Patna Reis . . . . Pfund 5.40
Voll-Ei getrocknet . . . Pfund 28 M
Eigelb getrocknet . . . Pfund 20 M
Makkaroni . . . . . Pfund 8.50
Milch-Süßspeise mit Vanillin- u. Mandel-Geschmack Paket ½ Pfund Inhalt 1.50
Erbswurst Rollen . ½ Pfund 1.95

Im Erfrischungsraum: Gefüllter Kaffeekuchen 6.50

Wein
Tarragona rot ½ 12.75 ⅟₁ 24 M
Fein. Tarragona rot u. weiß 28.75
Span. Vermouth . . . 26.50
Sherry Cadix . . . . . 36 M
Douro Portwein rot . . 42 M
Weinbrand Verschnitt 36 M
Deutsch. Weinbrand 45 M
Allasch ⅟₁ Fl. 24 M ⅟₁ Fl. 46 M
Jamaika-Rum Verschnitt „Extra" ⅟₁ Fl. 26.50 ⅟₁ 50 M
Kuba-Rum 40 % . . . . 52 M
Preise für ⅟₁ Flasche einschließlich Steuer u. Flasche, diese wird mit 30 Pf. zurückgenommen.

Frisches Fleisch
Rinderbrust u. Querrippe Pfd. 9 M
Rinderkamm . . . . . Pfd. 9.50
Schmorfleisch mit Knochen . Pfd. 11 M
Roastbeef mit Knochen . . . . . Pfd. 11 M
Hammelvorderfleisch Pfd. 9.50
Hammelrücken . . . . . Pfd. 10 M
Hammelkeule ganz u. geteilt Pfd. 11 M
Schweine-Bauch, Blatt u. Rücken Pfd. 15 M
Schweineschinken . . . . Pfd. 15.50
Gehacktes Rind- u. Schweinefl. . Pfd. 11 M

Salzheringe große Stück 30 Pf.
Makrelen frische, Pfund 4.20

Fische
Goldbarse . . . . . Pfund 3.40
Leb. Karpfen Pfund 12 M 13.50
Leb. Hechte . . . . Pfund 13 M
Leb. Edelkrebse Stück von 1 M an

Räucherwaren
Schellfische geräuchert Pfund 4.50
Flundern pommersche Pfund 6.20
Makrelen geräuchert Pfund 7.30
Bücklinge . . . . . Pfund 6.00
Schleibücklinge Pfd. 7.80
Sardinen l. Essig Glas 3.50

Wurstwaren
Rot- u. Zwiebelw. Pfd. 14 M
Sülzwurst . . . . . Pfund 16 M
Landleberwurst Pfund 17 M
Bauernmettwurst Pfd. 20 M
Jagdwurst . . . . . Pfund 21 M
Fleischwurst . . . Pfund 21 M

Harzerkäse 24 M
Kiste ca. 4 Pfund Inhalt

A. Wertheim

Ausländ. Speck Pfund 18 M
Rippstücke . . . . Pfund 17 M